1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 26 vom 28. Juni 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Gekaufte Republik Teil II

28. Dezember 1984. Tatort: ein vornehmer Juwelierladen in Baden-Baden. „Überfall, Hände hoch". Ein schlechter deutscher Fernsehkrimi nimmt seinen spannungsarmen Lauf, könnte man meinen. Aber weit gefehlt. So beginnt ein anderes Stück: die gekaufte Republik, Teil 2.

Der Räuber von Baden-Baden heißt Hans-Otto Scholl, FDP-Spitzenpolitiker und einst Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie (BPI). In seinem Schweizer Tresor fanden sich nicht nur Stücke aus der Baden-Badener Beute, sondern auch Akten, die belegen, daß die Pharmaindustrie Abgeordnete, Staatssekretäre, hohe Ministerialbeamte usw. geschmiert hat, um die Bonner Politik in ihrem Interesse zu lenken.

70000 DM an Herrn Walter Leisle Kiep (zugleich auch im Namen von Dr. Helmut Kohl und Herrn Professor Biedenkopf). Einige hunderttausend Mark von Wella (Darmstadt) an Alfred Dregger. Eine runde Million von Merck an Anita Gräfin von Galen, damals Schatzmeisterin der Frankfurter CDU. Hoechst verteilte 5 Millionen an CDU und FDP, Thomae zwei Millionen, Bayer Leverkusen mindestens 500000 DM.

Auch kleinere Geschenke an Abgeordnete — einige tausend hier und zehntausend dort — taten offensichtlich ihre Wirkung. Jedenfalls bewirkten sie wohl, daß der erste Entwurf des Arzneimittelgesetzes von 1976 aus dem von Katharina Focke (SPD) geführten Gesundheitsministerium erst Gesetz wurde, nachdem die Punkte, die die Pharmakonzerne am meisten störten, eliminiert waren.

Was man schon vermutet hat: Flick war nur die Spitze des Eisbergs. Mit der Enthüllung des Pharmaskandals ist nur ein weiterer Bruchteil der Wahrheit aufgedeckt worden. Die Wahrheit heißt: das große Geld regiert in Bonn.

Hinterbliebenenreformgesetz verabschiedet

Altersarmut der Frauen bleibt

In der letzten Woche wurde im Bundestag von der Wenderegierung und den sie tragenden Parteien der Gesetzentwurf „Zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung" (HEZG) verabschiedet.

Hintergrund für diesen Gesetzentwurf war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1975, in dem aus der Tatsache, daß es stets eine **Witwenrente** gibt, wenn der männliche Ehepartner stirbt, aber selten eine **Witwerrente** — 99,8 Prozent der rund 3,5 Millionen Witwen(r)renten entfallen auf Frauen, nur 0,2 Prozent auf Männer — die Forderung aufgestellt worden war, daß die formalrechtliche Gleichstellung des Mannes bis 1984 zu erfüllen sei.

Nachdem noch zu Beginn der 70er Jahre das Problem der **Altersarmut von Frauen** eine wichtige Rolle in der sozialliberalen Reformzeit spielte und bestimmte Grundzüge einer Verbesserung dieser Situation aufs Tapet kamen, wie z.B. eine nachträgliche Korrektur der Lohndiskriminierung von Frauen, sowie eine Berücksichtigung von Erziehungs-



zeiten, um Versicherungslücken zu schließen, kam dieser Spruch des Bundesverfassungsgerichts in der Krise 74/75 sowohl den damals führenden Sozialdemokraten, wie der Opposition recht — konnte doch eine „Reform" entsprechend diesem Richterspruch billiger bewerkstelligt werden.

Diese Frage der Kosten ist auch der Gesichtspunkt, der durch alle Ausschußberatungen und Expertenanhörungen, die im Februar und April 1985 durchgeführt worden waren, durchgängig festzustellen ist. Für das Element der „Kostenneutralität" bei der Reform der Hinterbliebenensicherung sprachen sich sowohl die Wendeparteien aus, als auch die SPD.

Damit war von vornherein klar, daß es sich bei diesem Punkt der „Reform" der Hinterbliebenenversorgung nur darum handelte, **wem wird weggenommen** und **wem wird gegeben** — eine tatsächliche Verbesserung der Lage der Rentner ist so nicht zu erwarten gewesen.

Die aber täte — besonders natürlich für Frauen, speziell für Witwen — allerdings bitter not.

Fortsetzung auf Seite 5

Stoiber: ein Fall für den Staatsanwalt

Richter rechtfertigt Blockade

Von einem „glatten Mißbrauch des Grundgesetzes durch einen Richter" sprach der Chef der bayrischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, in einem Interview mit „Bild" und drohte, das sei ein Fall für den Staatsanwalt. Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär und Bonner Minister, verfaßte eigens eine offizielle Erklärung, in der es u.a. heißt: „Hier wurde das hohe Gut der richterlichen Unabhängigkeit mißbraucht und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland mißachtet." Und: „Dieses Urteil darf im Interesse des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit keinen Bestand haben."

Was die Herren derart in Rage gebracht hat, daß sie einem Richter wegen eines Urteils sogar mit dem Staatsanwalt drohen, ist die 90seitige Urteilsbegründung, die ein Frankfurter Amtsrichter kürzlich vortrug. Angeklagt waren sieben Demonstranten wegen einer Blockade vor dem US-Nachschubzentrum Frankfurt-Hausen, in dem Teile der Pershing II montiert und gewartet wurden. Der Richter sprach die Angeklagten frei, weil sie zwar eine Nötigung begangen hätten, diese aber nicht „verwerflich" gewesen sei, weil sie sich gegen eine „objektiv friedensfeindliche Tendenz" gerichtet habe.

Gestützt auf fünf Gutachten führt der Richter in seiner Urteilsbegründung dann aus, daß die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung der Raketen in mehreren Punkten gegen das Grundgesetz verstoße. Und zwar gegen das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel, weil die Raketen erwiesenermaßen gegen die Staaten des Warschauer Vertrags und somit auch gegen die DDR gerichtet seien. Gegen das Friedensgebot in Artikel 26 des GG, weil die Raketen eindeutig die Kriegsgefahr erhöhen und Äußerungen des amerikanischen Präsidenten über die Sowjetunion auch nicht gerade für friedliche Absichten sprechen.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieses Urteil in den nächsten Instanzen Bestand haben wird, zumal das Bundesverfassungsgericht in dieser Angelegenheit ja auch schon ein Urteil gefällt hat. Um so erfreulicher und um so wichtiger ist es, daß ein Richter einmal den Mut gefunden hat, bei seiner Urteilsfindung ausschließlich an eines zu denken: an die Gerechtigkeit und an das Wohl des Volkes, in dessen Namen er sein Urteil verkündet.

Wenn die Opfer sich zu Wort melden

Nach der Geiselnahme in Beirut liefen die Propagandamaschinen in Washington heiß. Amerika war angegriffen worden, Amerika brauchte Vergeltung. Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste. Reagan-Beauftragte, die durch die westliche Welt reisten, um die Gunst der Stunde für eine Vereinbarung für eine international unterstützte US-Eingreiftruppe zu bekommen. Und all dies selbstverständlich im Namen der Geiseln, um ihr Leben zu retten. Bis — ja bis sich einige dieser Geiseln in einer Pressekonferenz selbst zu Wort meldeten und Forderungen an die amerikanische Regierung stellten, deren Erfüllung ihr Leben retten sollte. Für diese unpatriotische Angst um das eigene Leben zeigte Washington kein Verständnis. Die Konferenz wurde umgehend verurteilt, es war sogar von moralischer Erpressung die Rede. Moral: eine amerikanische Geisel hat nicht um ihr Leben zu betteln, sie hat ihr Leben für die Größe Amerikas hinzugeben — oder wenigstens den Mund zu halten.

Sonnenschein-Skandal

Strafanzeige gegen Schwarz-Schilling

Das Westberliner Oberverwaltungsgericht hat die sofortige Vollziehbarkeit der Stillegung der Batteriefabrik Sonnenschein von Bundespostminister Schwarz-Schilling einstweilen wieder ausgesetzt. Die Verwaltungsrichter kündigten eine Entscheidung im Hauptverfahren in „kürzester Frist" an.

Anlieger haben unterdessen Strafanzeige gegen Schwarz-Schilling wegen Subventionsbetruges und Sachbeschädigung, schwerer Umweltgefährdung und Körperverletzung erstattet.

Nachdem mittlerweile als erwiesen gilt, daß Sonnenschein nicht nur systematisch die Umgebung mit Blei verseucht hat, sondern unter der Geschäftsführung von Schwarz-Schilling auch die Aufsichtsbehörden bewußt getäuscht hat, um illegal Bleischmelzöfen zu installieren und in Betrieb zu nehmen, wird auch aus der konservativen Ecke am Stuhl des „Bundesbleiministers" (Spiegel) gesägt.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) etwa ließ verlauten, die Zustände bei Sonnenschein seien „getrost dem Bereich organisierte Wirtschaftskriminalität zuzurechnen".

Das ist nicht übertrieben. Schwarz-Schilling ist offensichtlich nicht nur ein Umweltverbrecher, sondern auch ein Millionenbetrüger: fast 3,5 Millionen aus Bundesmitteln erhielt Sonnenschein 1975, 1,5 Millionen waren dem Unternehmen in Berlin als Sonderkredit versprochen — aufgrund von falschen Angaben der Firma, also durch Betrug.

Sommerpause!!!

Es sieht zwar nicht so aus, aber wir sind mitten im Sommer. Und Sommerzeit ist Urlaubszeit — auch für Redakteure, Setzer, Lay-outer, Drucker und Vertriebsangestellte. Deshalb macht der RM-Verlag — wie in den letzten Jahren schon — im Juli Betriebsferien.

Diese Ausgabe des Roten Morgen ist also vorerst die letzte. Die nächste Ausgabe des Roten Morgen erscheint erst wieder am Freitag, dem 2. August 1985.

Bis dann also. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern des Roten Morgen einen schönen Urlaub und gute Erholung

— Euer RM-Verlag.

Koalos auf dem Vormarsch

Die außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung der Grünen hat mit großer Mehrheit einen Antrag angenommen, in dem es heißt: „Die gesamte Bandbreite der parlamentarischen Möglichkeiten von der Opposition bis zur Alleinregierung gehören zu den selbstverständlichen Handlungsmöglichkeiten der parlamentarischen Arbeit der Grünen."

Zuvor hatte die Versammlung einen Antrag abgelehnt, in dem es hieß: „... daß alle Formen parlamentarischer Zusammenarbeit möglich sind, sofern sie die Durchsetzung unserer zentralen Inhalte zu garantieren vermögen."

Der angenommene und abgelehnte Antrag unterscheiden sich scheinbar nur in Nuancen. Die tatsächlichen Hauptdifferenzen werden in scheinbar nebensächlichen Punkten versteckt. So sagt der angenommene Antrag, daß Tolerierung oder Koalition nur eingegangen werden sollen, wenn auf den wichtigsten Politikfeldern (genannt wurden: Ausstieg aus der Atomenergie, Abrüstungspolitik, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit u.a.) Forderungen durchgesetzt werden könnten. Der erste Teil des Antrags eröffnet also den Weg zur Koalition mit der SPD, im zweiten Teil wird das Hintertürchen geöffnet, durch Hochschrauben der Mindestforderungen Koalition und Tolerierung unmöglich zu machen.

Insofern stellt der angenommene Antrag einen Formelkompromiß dar. Aber die Gegner der Koalition mit der SPD haben es nicht gewagt, ihre grundsätzliche Ablehnung der Koalition mit der SPD zur Abstimmung zu stellen. Deshalb zeigt die Hagener Versammlung, daß die Koalos in der Partei der Grünen weiter an Boden gewinnen.

Der dritte Mann

Peter Boenisch ist erstaunlich geräuschlos abgetreten, wenn man bedenkt, daß immerhin ein Regierungsmitglied der Steuerhinterziehung in Höhe einer halben Million überführt ist und wenn man bedenkt, daß der mit monatlich satten 12000,—DM dotierte Beratervertrag zwischen Boenisch und Daimler immerhin von Flick initiiert wurde.

Zum Chef des Bundespresseamtes avanciert ist Friedhelm Ost, der sich in seiner bisherigen Karriere als Wirtschaftsjournalist wie als Unternehmerpropagandist gegen die Gewerkschaften profiliert hat.

Gekommen ist aber noch einer: Norbert Schäfer, CSU-Mitglied und bislang als Ministerialdirektor Abteilungsleiter im Bundespresseamt, rückte zum zweiten stellvertretenden Chef des Bundespresseamtes auf.

Strauß hat die Einrichtung eines dritten, von der CSU gestellten Regierungssprechers seit langem gefordert. Bislang hatte Kohl nicht nur diese CSU-Forderung immer abgelehnt, er hat auch dem CSU-Mann Norbert Schäfer den Zutritt zu seinem engeren Beraterkreis, dem sogenannten Küchenkabinett, verwehrt.

Kohl in der Krise aber kann die Forderung von Strauß nach größerer Macht in Bonn nicht mehr ablehnen. Die Einrichtung eines dritten Regierungssprechers entsprechend den Strauß-Wünschen ist dafür nur ein Anzeichen. Mit dem schnellen Niedergang Helmut Kohls wittern auch die reaktionärsten Kreise in den Unionsparteien die Chance für ihren Aufschwung.

Kohl hat's gerichtet

Vor dem Untersuchungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtages zur Parteispendenaffäre sagte Lambsdorff aus, er habe Kohl, damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, in einem Schreiben am 28. November 73 mitgeteilt, daß die GfEW aus „verschiedenen Gründen Interesse daran habe, daß das Finanzamt Neuwied (Rheinland-Pfalz), nicht aber nordrhein-westfälische Finanzbehörden, für die Überprüfung der Gesellschaft zuständig sei."

Die Gesellschaft mit dem Kürzel GfEW hieß mit vollem Namen: Gesellschaft für Europäische Wirtschaftspolitik. Lambsdorff war ihr Gründungsmitglied. Es handelt sich um eine sogenannte Parteispendenwaschanlage, also um eine Organisation, deren Hauptzweck die Steuerhinterziehung war.

Kohl hat es damals offensichtlich gerichtet: die Gesellschaft blieb im Zuständigkeitsbereich der rheinland-pfälzischen Finanzbehörden. Sie wurde 1975 liquidiert, wobei die Finanzbehörden auf Steuernachzahlungen verzichteten.

Kohl steht nach der Lambsdorff-Aussage als Mittäter bei der Steuerhinterziehung da. Unklar ist noch, ob er demnächst als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen muß. Spekulieren darf man über die Gründe, die Lambsdorff bewogen, Kohl reinzureißen. Annehmen kann man, daß Kanzler Kohl in Rheinland-Pfalz einflußreich genug ist, um dafür zu sorgen, daß die Affäre wieder in der Versenkung verschwindet.

Von „gläsernen Abgeordneten" keine Rede mehr

„Ist der Deutsche Bundestag noch zu retten?" — unter diesem Titel veröffentlichten wir im letzten Jahr eine Artikelserie zur Debatte des Bundestages über sein eigenes Selbstverständnis. Wer auf diese einfache Frage die Antwort noch nicht gefunden hat, dem kann jetzt (nach)geholfen werden. Inzwischen liegen nämlich zwei wahrhaft bahnbrechende Reformvorhaben auf dem Tisch des Hohen Hauses, die ihre Existenz nicht zuletzt dieser denkwürdigen Debatte verdanken.

Mit Zeitung oder ohne?

Reformvorhaben Nr. 1: „Neues mal aus erster Hand — Abgeordnete erfahren probeweise Kabinettsbeschlüsse direkt" (Frankfurter Rundschau vom 25.5.85). Ja, es ist wirklich wahr. In ihrer unermeßlichen Güte und grenzenlosen Liebe zum — laut Verfassung — allerhöchsten Organ in diesem Staate hat die Regierung befunden, daß die Abgeordneten fürderhin nicht aus der Zeitung erfahren sollen, was das Kabinett beschlossen hat, sondern direkt von einem Vertreter der Regierung. Probeweise zunächst für ein halbes Jahr. Aber es scheint nicht ausgeschlossen, daß dann, wenn die Abgeordneten sich anständig benehmen, dieser Gnadenerweis vielleicht andauern könnte.

Am Mittwoch der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause des Bundestages wird die große Stunde des Parlaments zum ersten Mal schlagen. Denn genau eine Stunde soll der Spaß dauern. 10 Minuten davon wird ein Mitglied der Bundesregierung etwas erzählen. Dann dürfen die Abgeordneten Fragen stellen. Daß sie auch eine Antwort bekommen, ist nicht garantiert. Denn eine Antwortpflicht der Regierung gibt es nach wie vor nicht. Aber man kann schließlich nicht alles auf einmal haben wollen. Dafür wird aber ausprobiert, ob man eventuell den Fraktionen gestatten soll, fünf Minuten lang ihre Meinung zu dem zu äußern, was der Regierungsvertreter erzählt hat. Drei Monate lang dürfen sie, drei Monate lang dürfen sie nicht. Und anschließend werden Ältestenrat und Bundesregierung sorgfältig prüfen, wie diese Frage auf dem Boden der Verfassung, im Einklang mit der parlamentarischen Demokratie und selbstverständlich im Rahmen der geistig-moralischen Werteordnung der Staatengemeinschaft des freien Westens zu entscheiden ist. Ob diese schwerwiegende Entscheidung darüber, ob überhaupt und wenn ja, mit oder ohne, ohne die Einrichtung einer Kommission und die Einholung eines verfassungsrechtlichen Gutachtens getroffen werden kann, scheint uns doch sehr die Frage zu sein...

Beim Geld hört der Spaß auf

Reformvorhaben Nr. 2 betrifft den Bundesrechnungshof, genauer die Bestimmung seines Präsidenten und Vizepräsidenten. Darum war es in der Debatte über das Selbstverständnis des Bundestages ebenfalls gegangen. Der damalige Bundestagspräsident und heutige Sozialfall Rainer Barzel in der Debatte: „Wir nehmen immer noch hin, daß der Präsident des Bundesrechnungshofes nicht von uns, sondern von der Bundesregierung ausgesucht wird." Was natürlich für eine Institution, die laut Grundgesetz (Artikel 114,2) das Finanzgebaren der Regierung zu prüfen und Bundestag und Bundesrat darüber zu berichten hat, tatsächlich einigermaßen merkwürdig ist. Vor allem, wenn man im Bundesrechnungshofsgesetz von 1969, das sich über weite Strecken direkt auf die Reichshaushaltsordnung von 1922 stützt, liest, daß der Bundespräsident ausgerechnet unter Gegenzeichnung des Finanzministers den Präsidenten und Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes ernennt.

Diese „vordemokratische" Angelegenheit (so ein Bundestagsabgeordneter) sollte also aus der Welt geschaffen werden. Der Haushaltsausschuß des Bundestages formulierte deshalb in einem Gesetzentwurf über den Bundesrechnungshof: „Der Deutsche Bundestag wählt in geheimer Wahl auf Vorschlag der Fraktionen ... den Präsidenten und Vizepräsidenten." Dieser Formulierungsvorschlag gefiel zwar vielen Abgeordneten, aber nicht der Bundesregierung. Denn es ist zwar auch bei diesem Verfahren ziemlich unwahrscheinlich, daß ein Mann Präsident des Rechnungshofes werden kann, der nicht das Vertrauen der Regierung besitzt. Aber es bleibt doch ein gewisses Restrisiko. Und das kann selbstverständlich dann, wenn es um Geld geht, nicht geduldet werden. Und deshalb wird es — wie erst das Kabinett, dann die Fraktionen der Regierungsparteien und jetzt auch der Haushaltsausschuß beschlossen haben — kein Vorschlagsrecht der Fraktionen für den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes geben.

Vorschlagsberechtigt ist allein die Bundesregierung. Gewählt soll zwar werden, aber 1. nicht nur vom Bundestag, sondern auch vom Bundesrat und 2. soll für die Wahl nicht, wie ursprünglich von der SPD gefordert, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein, sondern lediglich die einfache Mehrheit der Abgeordneten. Womit dann — Wahl hin, Wahl her — garantiert wäre, daß der Bundespräsident nach wie vor den Mann zum Präsidenten des Rechnungshofes ernennt, den die Regierung haben will.

Hinter dem Streit um den Mann steht der Streit um die Institution. Die Regierung begründet ihr Vorschlagsrecht nämlich damit, daß der Rechnungshof nicht nur ein Kontrollorgan im Dienste der Legislative, sondern auch ein Kontrollorgan im Dienste der Exekutive sein müsse. Diese Auffassung widerspricht zwar — trotz gegenteiliger Behauptungen der Regierung — dem Artikel 114,2 des Grundgesetzes. Aber wen stört das schon? Das Kabinett hat sich jedenfalls beeilt, den Streit um den Mann auszunutzen, um ihre Auffassung über die Institution im Entwurf für ein neues Gesetz über den Bundesrechnungshof festzuschreiben.

So haben wir jetzt zwar einen Wahlvorgang mehr im Parlament, dafür aber kein bißchen parlamentarische Demokratie mehr. Was sagte doch Friedrich Engels über den Parlamentarismus? Daß der Reichtum dort indirekt, aber umso sicherer herrscht. Und die Kunst des Regierens besteht eben offenbar darin, wählen zu lassen und sich doch durch die Wählerei nicht die Geschäfte verpfuschen zu lassen.

Ist der Deutsche Bundestag noch zu retten?

Vor etwas mehr als einem halben Jahr, als die Flick-Affäre in aller Munde und Barzel zum Rücktritt gezwungen war, traten die Regierungspolitiker einer nach dem andern vor die Fernsehkameras und forderten „radikale Maßnahmen". Von „Selbstreinigung und Erneuerung" im Parlament war die Rede. Heiner Geißler forderte die „klare Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse aller Mandatsträger", eine jährliche Offenlegung des Vermögens, der Einkünfte und der Steuerabgaben wie in Amerika wurde gefordert. Und bei Verstößen gegen diese Offenlegung der Finanzen war als Sanktion die Kürzung der Monatspauschale im Gespräch.

Heute wollen die Regierungsparteien von all dem nichts mehr wissen. Obwohl eine gesetzliche Regelung eigentlich bis zur Sommerpause des Bundestages vereinbart sein sollte, hat bis jetzt nur die SPD einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Von einer Offenlegung der Finanzen der Abgeordneten in dem Sinn, daß die Öffentlichkeit, also die Wähler, darüber informiert werden, ist auch bei der SPD nicht mehr die Rede. Stattdessen soll ein sogenannter Abgeordnetenrat eingerichtet werden, bestehend aus dem Präsidium des Bundestages und je einem Vertreter der Fraktionen. Er soll die Finanzen der Abgeordneten — vertraulich — kontrollieren. Auch von einer wirklichen Bestrafung der Abgeordneten, die gegen diese Gesetzesbestimmungen verstoßen, ist bei der SPD nicht mehr die Rede. Stattdessen ist nur noch vorgesehen, daß dieser Verstoß in einer Drucksache des Bundestages veröffentlicht werden soll.

Immerhin aber beschränkt sich der Vorschlag der SPD nicht darauf, daß lediglich die Nebeneinkünfte der Abgeordneten kontrolliert werden sollen. Gefordert wird auch, daß die Abgeordneten ihre Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften anzeigen müssen. Dieser Punkt des Gesetzentwurfs der SPD ist bei den Regierungsparteien auf große Empörung gestoßen. Natürlich nicht, weil die Herren etwas zu verbergen haben, sondern weil sie eine solche primitive „Befriedigung von Neugier" grundsätzlich ablehnen. Genauso grundsätzlich sind dieselben Herren auch dagegen, daß die Grünen nach dem Vorschlag der SPD ebenfalls dem Kontrollgremium angehören sollen. Warum, ist leicht einsichtig. Denn daß diesem Gremium Vertreter einer Partei angehören sollen, die sich als einzige bisher nicht hat bestechen lassen, muß ja das Vertrauensverhältnis zwischen diesem Gremium und vielen Abgeordneten stören.

Die „harten Maßnahmen", die seinerzeit angekündigt wurden, sollten klarstellen, daß die Abgeordneten des Bundestages nicht käuflich sind. Die „harten Maßnahmen" kommen nicht. Aber klargestellt wurde trotzdem was. Oder?

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Aufruf von DGB und Kirchen gegen Ausländerfeindlichkeit

„Nachbarschaft, die Frieden schafft"

Der Bundesvorstand des DGB und der Ökumenische Vorbereitungsausschuß, dem Vertreter aller christlichen Kirchen angehören, rufen gemeinsam zu einer Woche der ausländischen Mitbürger auf. Die Woche soll vom 29.9.85 bis 5.10.85 stattfinden. Wir rufen alle Genossinnen und Genossen, die im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit engagiert sind, auf, diese Woche aktiv zu unterstützen und sich insbesondere dafür einzusetzen, daß die Aktivitäten nicht an den Betrieben vorbeigehen.

Der Aufruf, auf den sich der DGB und die Kirchen geeinigt haben, fordert nicht die völlige Gleichstellung von Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik. Forderungen wie die nach einem Niederlassungsrecht für Ausländer, nach dem kommunalen Wahlrecht oder die Anerkennung der Tatsache, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, tauchen nicht auf. Auch das sehr weitgehende Verbot politischer Betätigung im Ausländergesetz wird nicht kritisiert. All dies ist schlecht und steht auch im Widerspruch zu dem, was viele gewerkschaftliche und kirchliche Organisationen wollen.

Trotzdem kann der Aufruf unserer Meinung nach eine sehr positive Funktion haben — wenn es gelingt, für die dort gestellten Forderungen tatsächlich eine breite Mobilisierung zu erreichen.

Der Aufruf im Wortlaut

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger, dem Vertreter aller christlichen Kirchen angehören, und der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) stellen bei ihren Forderungen nach einer humanen, der Realität gerecht werdenden Ausländergesetzgebung folgende Übereinstimmung fest:

1. Kirchen und Gewerkschaften sehen die dringende Notwendigkeit einer Verfestigung des Aufenthaltsstatus der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien. Wer seit Jahren seinen Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik hat, muß das Recht auf einen gesicherten Aufenthalt haben. Dies gilt für alle Familienangehörigen. Ehegatten und Kinder müssen deshalb ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.

2. Ausländer haben das Recht, mit ihren Ehegatten und minderjährigen Kindern zusammenzuleben. Dies gilt für ausländische Mitbürger der ersten und der folgenden Generationen. Jede Frist für das Bestehen der Ehe als Voraussetzung für den Ehegattennachzug wird deshalb abgelehnt. Eine Einschränkung des Familiennachzugs können Kirchen und Gewerkschaften aus christlichen, humanitären und sozialen Gründen nicht akzeptieren.

3. Wer seinen Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik hat, darf nicht gegen seinen Willen, nur weil er arbeitslos geworden ist, zur Ausreise gezwungen werden. Wenn ausländische Mitbürger aufgrund einer wirtschaftlichen Krisensituation wie auch viele Deutsche in Notlagen kommen und Sozialhilfe empfangen müssen, so dürfen sie nicht das Recht auf einen gesicherten Aufenthalt in der Bundesrepublik verlieren. Wenn ausländische Mitbürger einen verfestigten Aufenthaltsstatus besitzen, so dürfen sie nicht mehr ausgewiesen werden. Minderjährige Kinder sowie Ausländer, die in der Bundesrepublik geboren bzw. aufgewachsen sind, dürfen unter keinen Umständen in ein fremdes „Heimatland" ausgewiesen werden, auch wenn sie straffällig geworden sind. Die Bundesrepublik kennt weder Verbannung noch Doppelbestrafung. Eine Ausweisung der Ausländer, die in der Bundesrepublik ihren Lebensmittelpunkt haben, darf — vor allem, wenn sie für Unterhaltsberechtigte zu sorgen haben — auch bei Straffälligkeit nicht in Betracht kommen.

Kirchen und Gewerkschaften erwarten, daß diese Forderungen bei einer Reform des Ausländergesetzes berücksichtigt werden. Kirchengemeinden, gewerkschaftliche Gliederungen und Institutionen, deutsch-ausländische Initiativgruppen und in Ausländerfragen Engagierte werden darum gebeten, diese Forderungen öffentlich zu unterstützen, wie z. B. bei der Woche der ausländischen Mitbürger, die vom 29. September bis 5. Oktober 1985 stattfinden wird. Die Woche steht unter dem Motto „Nachbarschaft, die Frieden schafft".

Spranger und die „Mediensteinzeit"

Am letzten Donnerstag beschäftigte sich der Bundestag in einer aktuellen Stunde mit den Ausfällen von Carl-Dieter Spranger gegen die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten. Spranger nutzte die Gelegenheit vor allem, um klarzustellen, daß er sich in seinem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten" keineswegs „vergalloppiert" habe und zog erneut gegen die „vergiftende" Berichterstattung in vielen Sendungen zu Felde. Unterstützt wurde er dabei u.a. vom medienpolitischen Sprecher der CDU, Dieter Weirich, der von „Konfliktfetischismus", „Agitationsjournalismus", und von „linken gesellschaftlichen Missionaren" in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten sprach.

Was Spranger und Konsorten wollen, ist klar — eine „schöne heile Welt" via Fernsehen in jedem Wohnzimmer. Spranger in seinem Interview über das, worüber das Fernsehen berichten soll: „wirtschaftliche Erfolge, über den Wohlstand, über gesunde Familien, vernünftige Kinder, fleißige Studenten und über tüchtige Arbeitnehmer, die nicht demonstrieren."

Einen solchen Ausweg aus der heutigen „Mediensteinzeit" (Spranger) soll einmal das Privatfernsehen bringen. Eine solche Abkehr von jedem Journalismus, der diesen Namen noch verdient, soll aber auch durch massiven politischen Druck auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten und einzelne Journalisten erreicht werden. Und dabei war das, was wir jetzt erlebt haben, mit Sicherheit erst ein Auftakt.

Europa C-waffenfrei?

SPD und SED haben gemeinsam einen Entwurf über ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa vorgestellt.

Für die CSU hat der Abgeordnete Graf Huyn erklärt, der Vorschlag sei „Ausdruck einer Volksfrontkumpanei", Ziel sei es, erneut Stimmung gegen die USA zu machen".

Tatsächlich gibt es auch in dieser Frage guten Grund zur „Stimmungsmache gegen die USA". Senat und Repräsentantenhaus haben Reagan soeben freie Hand gegeben, die seit 16 Jahren in den USA verbotene Produktion chemischer Waffen ab 1. Oktober 1987 wiederaufzunehmen.

Daß die USA in diesen 16 Jahren keine chemische Aufrüstung betrieben haben, glaubt kaum jemand. Der neue Washingtoner Beschluß kann nur bedeuten, daß Reagan auch auf dem Gebiet der chemischen Waffen eine neue Runde im Wettrüsten einläuten will.

Grund genug, die Forderung nach einer C-waffenfreien Zone in Europa, die nach dem Vorschlag von SED und SPD mindestens die BRD, die DDR und die CSSR umfassen sollte, möglichst aber auch die Benelux-Staaten und Polen, zu unterstützen.

Noch mehr Prozesse gegen Demonstranten?

Wenn am Rande einer Demonstration eine Scheibe zu Bruch geht, wenn ein Auto Kratzer bekommt, wenn auf eine Hauswand eine Parole gemalt wird usw. — dann ist das eine sogenannte Sachbeschädigung. Bisher wurde die Staatsanwaltschaft dabei nur eingeschaltet, wenn der Eigentümer das wollte und Anzeige erstattete.

Das soll sich jetzt ändern. Sachbeschädigung soll jetzt „von Amts wegen" verfolgt werden, also unabhängig davon, ob Anzeige erstattet wurde oder nicht. Bereits in der nächsten Woche soll eine entsprechende Gesetzesänderung im Bundestag verabschiedet werden. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf des Bundesrats, der auf Initiative von Baden-Württemberg zustande kam.

Die Begründung für diese Gesetzesänderung ist schlicht und einfach die, daß nach Ansicht der Regierungsparteien bisher zu wenig Anzeigen wegen Sachbeschädigung eingegangen sind. Denn, so der CDU-Abgeordnete Erwin Marschewski gegenüber der Presse, bisher hätten Eigentümer beschädigter Geschäfte oder Autos „aus Angst vor Vergeltung oder Einschüchterung" keinen Strafantrag gestellt. Weil die Eigentümer im Kampf gegen die Demonstranten „versagt" haben, wird also jetzt der Staat selbst aktiv. Damit auch wirklich keine Möglichkeit, Demonstranten strafrechtlich zu verfolgen ungenutzt bleibt...

„1, 2, 3 — macht die Stadien nazifrei!"

(Korrespondenz)



Mit einem Transparent „Nazis vertreiben, Fußball soll bleiben" war auch die KPD in Aachen dabei

Das war die meistgerufene Losung, als am Samstag 500 Demonstranten durch Aachen zum Tivoli zogen, wo zu dieser Zeit ein Treffen der Fußball-Fanclubs stattfand.

Die Organisatoren rechneten bei ihren Vorbereitungen mit 700 Teilnehmern. In Aachen, das bei einem Wahlkampfeinsatz der FAP mit 120 Neonazis Bekanntschaft machen mußte, ging die Angst um.

Bei allem Wirbel um die erwarteten Randale und Gewalttätigkeiten stieg der Organisator des Fan-Treffens, Herr Norbert Metzen auf dieses Podium der Presseöffentlichkeit und nutzte es profihaft in seinem Sinne. Er gab an, den Überschuß der Veranstaltung für die Hinterbliebenen der Toten von Brüssel spenden zu wollen. Er erteilte einem bekannten Neonazi pressewirksam Haus- und Platzverbot. Er behauptete, den Aufnäher „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein", zu dem er das Patent besitzt, lediglich aus geschäftlichem Interesse in der Neonaziszene verbreitet zu haben. Auf diese Geschäfte führt er auch die Bezeichnung „Kamerad" in Michael Kühnens Zeitung „Die Neue Front" zurück. Er mußte zugeben, Veranstaltungen der NPD besucht zu haben und ist auch am 4. Mai mit FAP-Leuten beim Wahlkampf in Aachen gesehen worden.

Anwohner kauften Stacheldraht

Trotz täglicher Beteuerungen, wie apolitisch das Treffen sei und wie friedlich verlaufen würde, da es sich ja um ein harmloses Fußballturnier unter Fans handle, machten sich die Nutzer der benachbarten Grundstücke große Sorgen. Darunter auch der sozialdemokratische Postsportverein. Als die Anwohner ihre Grundstücke mit Stacheldraht gesichert hatten, kommentierte Norbert Metzen, daß dies die Fans provozieren würde: Eine eindeutige Drohung nach dem Motto: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!"

Aachener Antifaschisten mobilisierten

Am Turniertag nahm sich das Fanturnier dürftig aus. Statt der 22 geplanten Spiele fanden nur 15 statt. 250 Leute am Tivoli und im Bierzelt wirkten enttäuscht.

Die Aachener Antifaschisten waren dagegen für diese Zeit sehr zahlreich erschienen. Einige Flugblätter gegen Neonazis in den Fußballstadien wurden verteilt. Der DGB hatte sich nicht beteiligt. Bei der Aufstellung am Elisenbrunnen heizte ein ÖTV-Kollege und Personalratsvorsitzender die Stimmung mit klassenkämpferischen Reden an. Die Organisatoren der Demonstration, die VVN, führte ein Transparent mit, auf dem es hieß: „Fans willkommen, Nazis raus!" Viel Aufmerksamkeit fand das Parteitransparent: „Nazis vertreiben, Fußball soll bleiben! KPD"

Der Demonstrationszug zog vom Elisenbrunnen aus der Aachener Innenstadt heraus zum Fußballstadion. Im nahegelegenen Stadtpark fand die Schlußkundgebung statt. Ewald Lienen, der eingeladen war, hatte keine Erlaubnis erhalten, zu reden. Vom Alemannia-Fan-Club Schwarz-Gelb sprach Thomas von Thenen, der auf die Ausländerfeindlichkeit und die Gewalt der Neonazis mit dem Hinweis einging, daß es nicht damit getan sei, den Sport als unpolitische Sache hinzustellen.

Die Aachener Lokalpresse wartete vergeblich auf die erwarteten Zwischenfälle. Der Tag war ein Erfolg der Aachener Antifaschisten.

Hoesch will weitere 3 000 Arbeitsplätze vernichten

Warnstreik im Werk Union

Innerhalb der nächsten 2—3 Jahre will der Hoesch-Vorstand im Bereich der Stahl AG weitere 3000 Arbeitsplätze vernichten. Ein Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch informierte die Belegschaft über diese Vorstandspläne. Im Werk Union kam es drei Stunden nach Beginn der Frühschicht zu einem Warnstreik.

Wie die RGO enthüllte, sollen in Dortmund knapp 2000 und im Siegerland knapp 1000 Arbeitsplätze innerhalb der nächsten 2—3 Jahre vernichtet werden.

Besonders betroffen ist das Hoesch-Werk Union. Hier soll die Walzstraße P1 von der derzeit dreischichtigen Fahrweise auf Zwei-Schichtbetrieb umgestellt werden, was den Verlust von 150 weiteren Arbeitsplätzen bedeuten würde. Auf dem Werk Union sind bereits die Straßen P4 und P3 geschlossen worden.

In dem RGO-Flugblatt heißt es:

„Noch in der April-Sitzung des Aufsichtsrats der Stahl AG war nur die Rede davon, daß durch den Neubau des Hubbalkenofens auf der Union 15 Arbeitsplätze wegfallen würden. Heute sollen es 10mal so viel sein, soll eine weitere Schicht herausgenommen werden. Genau so fing•es auch bei der P3 oder der P4 an. Dem muß entschieden entgegengetreten werden. (...)

Angesichts dieser Pläne sind Betriebsräte und Belegschaft gefordert, dem Vorstand deutlich zu machen, daß sie nicht bereit sind, diese Planungen widerstandslos hinzunehmen."

Das RGO-Flugblatt führte nicht nur zu vielen Diskussionen unter den Kollegen, auch die Betriebsräte sahen die Notwendigkeit, aktiv zu werden. So kam es um 9.00 Uhr zu einem Warnstreik mit großer Beteiligung. Als klar wurde, daß der Vorstand dem Betriebsrat keinerlei Informationen hatte zukommen lassen, die über das hinausgingen, was in dem RGO-Flugblatt stand (und auch das nur einen Tag zuvor), wurde verlangt, daß ein Mitglied des Vorstandes Stellung nehmen sollte. Schließlich kam auch ein Vorstandsmitglied herunter. Er verlegte sich darauf, die Sachen herunterzuspielen, es seien alles nur Pläne usw.

Von den Kollegen wurde unmißverständlich die Forderung nach Erhalt der dritten Schicht und damit der 150 Arbeitsplätze erhoben.

Düsseldorfer Klassenjustiz

146 783 DM Strafe wegen Solidarität

Weil sie mit einem Solidaritätsstreik die Entlassung ihres Betriebsrates Klaus Dohne verhindern wollten, verurteilte das Düsseldorfer Arbeitsgericht die 89 Beschäftigten der Rheinisch-Bergischen Druckerei dazu, der Firma Schadensersatz in Höhe von 146783,87 DM plus ca. 4 Prozent Zinsen seit dem 15. Juni 1983 zu zahlen.

Der Betriebsrat Klaus Dohne sollte im Frühjahr 1983 fristlos entlassen werden, weil er sich nach Auffassung der Geschäftsleitung in „betriebsschädigender Weise öffentlich für den Erhalt von Arbeitsplätzen eingesetzt habe". Dieser haarsträubenden Begründung mochte nicht einmal das Arbeitsgericht folgen. Es weigerte sich, die fehlende Zustimmung des Betriebsrats zur außerordentlichen Kündigung zu ersetzen — Klaus Dohne behielt seinen Arbeitsplatz.

Am 4. März 1983 streikten die 89 Kolleginnen und Kollegen der Druckerei aus Protest gegen den Versuch der Unternehmensleitung, den unbequemen Betriebsrat zu feuern. Der Streik hatte zur Folge, daß die Rheinische Post nicht mit allen Bezirksausgaben in vollem Umfang erscheinen konnte. Für diesen Schaden sollen die Beschäftigten jetzt nach dem Urteil des Düsseldorfer Arbeitsgerichts mit über 146000 Mark Ersatz leisten.

Laut Urteilsbegründung hat die Belegschaft mit dem Solidaritätsstreik „gemeinschaftlich eine unerlaubte Handlung begangen". Daß Streiks „gemeinschaftlich" begangen werden, liegt offenkundig in der Natur der Sache. Man muß wahrscheinlich Arbeitsrichter in Düsseldorf sein, um nicht zu sehen, daß es einen Sinn macht von „gemeinschaftlich begangenem Raub" zu sprechen, aber daß es ein absoluter Unfug ist, von „gemeinschaftlich begangenem Streik" zu sprechen. Andererseits ist es verständlich, daß Kapitalisten und reaktionäre Arbeitsrichter das Verbrecherische an einem Streik gerade darin sehen, daß in jedem Streik die Gemeinschaft der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck kommt.

Wieso aber handelte es sich nach Auffassung des Düsseldorfer Arbeitsgerichts um eine „unerlaubte Handlung" bei dem Solidaritätsstreik? Da hat das Düsseldorfer AG eine verblüffend einfache Definition. In der Urteilsbegründung heißt es: „Nur der rechtsmäßige Arbeitskampf sei keine unerlaubte Handlung im Sinne des Gesetzes". Das ist der Grundsatz des preußischen Obrigkeitsstaates, demzufolge der Untertan erst einmal davon auszugehen hat, daß alles verboten ist, was die Obrigkeit ihm nicht ausdrücklich gestattet.

Auch die folgende Formulierung der Urteilsbegründung bestärkt uns in der Vermutung, daß die Düsseldorfer Arbeitsrichter 1918 aus Protest gegen den Sturz der Monarchie das Studium arbeitsrechtlicher Fachliteratur eingestellt haben: „Der rechtswidrige Arbeitskampf beeinträchtigt den Gewerbebetrieb des Arbeitgebers unmittelbar, weil der Gewerbebetrieb ohne Arbeitsleistung der Dienstverpflichteten nicht geführt werden kann."

Nun stellt jeder Streik — rechtmäßig oder nicht — eine „Beeinträchtigung des Gewerbebetriebes" dar — und zwar vorsätzlich. Es stellt sich die Frage, ob „Dienstverpflichtete überhaupt streiken dürfen, ob nicht vielmehr der Grundsatz gelten muß: Dienstpflicht ist Dienstpflicht?"

So weit wollen die Düsseldorfer Arbeitsrichter denn auch wieder nicht gehen. Deshalb führen sie einige zusätzliche Kriterien ein, die den „unrechtmäßigen" Charakter des Solidaritätsstreiks begründen sollen: so hätten die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Streik „kein gestaltendes Ziel" verfolgt, es sei ihnen nicht „um irgendwelche Verbesserungen von Bedingungen" gegangen, sondern einzig und allein darum, die „Klägerin (das Unternehmen — RM) von ihrer Rechtsausübung abzuhalten". Daß die Rechtsausübung durch die Geschäftsleitung offensichtlich selbst nach den bürgerlichen Gesetzen Unrechts-Ausübung war, spielt für die Düsseldorfer Arbeitsrichter offensichtlich keine Rolle, wo es um heilige Rechtsgüter wie den „ungestörten Gewerbebetrieb' geht.

Hanebüchen die Behauptung, die Belegschaft hätte sozusagen aus reiner Obstruktion gegen die Geschäftsleitung gestreikt. Die Belegschaft ist gegen eine Verschlechterung ihrer Bedingungen in den Streik getreten. Diese Verschlechterung für die Belegschaft wäre dann eingetreten, wenn die Geschäftsleitung Erfolg gehabt hätte mit dem Versuch, den offensichtlich fortschrittlichen Betriebsrat Klaus Dohne fristlos zu entlassen.

Die Absicht, die das Düsseldorfer Arbeitsgericht verfolgt, ist deutlich: „gestaltend" können Streiks eben nur im Zusammenhang mit Tarifauseinandersetzungen sein. Alle anderen Streiks betrachtet das Düsseldorfer Arbeitsgericht als unrechtmäßig.

Die IG Druck & Papier spricht in einem Spendenaufruf für die zur Zahlung der gewaltigen Summe verurteilten Kolleginnen und Kollegen von einem „erneuten Anschlag der Justiz auf die gewerkschaftlichen Rechte". Das ist noch ausgesprochen zurückhaltend formuliert.

Auf das von der Gewerkschaft eingerichtete Solidaritätskonto (Konto-Nr. 1029604600, Bank für Gemeinwirtschaft in Düsseldorf) sind bereits bis Mitte letzter Woche 40000 Mark eingegangen. Finanzielle Solidarität tut in diesem Fall sicherlich not. Der Druck muß von der Belegschaft genommen werden. Die volle Summe muß auf das Solidaritätskonto. Darüber hinaus aber muß mit allen juristischen und politischen Mitteln gegen dieses extrem reaktionäre Urteil angegangen werden.

Daimler knüpft an alte Tradition an:

Daimler-Benz wird zweitgrößter Rüstungskonzern der BRD

Folgenden Artikel, der die Zusammenhänge der Übernahme der Aktienmehrheit von Dornier durch Daimler-Benz analysiert, haben wir der Maiausgabe von ‚plakat' entnommen. ‚Plakat' ist eine Zeitung für die Beschäftigten der Daimler-Benz AG in Untertürkheim, Hedelfingen, Mettingen und Brühl. Die PLAKAT-Gruppe ist im Untertürkheimer Betriebsrat vertreten.

Jeder kennt den dreizackigen Mercedesstern. Er symbolisiert die Motorisierung zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Nun war zwar Daimler-Benz in den letzten Jahrzehnten zu Lande immer sehr zahlreich und eindrucksvoll vertreten, mit der Motorisierung zu Wasser und in der Luft haperte es aber.

Das hat sich in den letzten Monaten schlagartig verändert. Anfang dieses Jahres übernahm Daimler-Benz den 50-Prozent-Anteil der MAN an der MTU. Damit ist Daimler-Benz nun alleiniger Besitzer der MTU, der größte europäische Produzent von Großmotoren und Flugzeugtriebwerken. Aber MTU baut nicht irgendwelche Schiffs- und Flugzeugantriebe (siehe Kasten).



Mit der vollständigen Übernahme von MTU setzt Daimler also verstärkt auf den Rüstungssektor. Diese Tendenz wurde vollends deutlich, als Ende April bekannt wurde, daß Daimler eine Mehrheitsbeteiligung von 68 Prozent an dem Rüstungskonzern Dornier erwerben will (siehe Kasten).

Zusammen mit MTU und den bereits bestehenden Rüstungsgeschäften der Daimler-Benz AG mit Südafrika, anderen 3.-Welt-Staaten und der NATO bedeutet das den Aufstieg des DB-Konzerns zum zweitgrößten Rüstungskonzern der BRD.

Offiziell werden diese Investitionen von seiten des Daimler-Konzerns damit begründet, sie bedeuteten den Einstieg in „neue, anspruchsvolle Technologien"

Die tatsächlichen Gründe für den Einstieg bei MTU und Dornier dürften ganz andere sein:

Erstens profitiert Daimler-Benz dabei von den Riesengewinnen, die im Rüstungsgeschäft zu verdienen sind, der eingeschränkten Konkurrenz und der quasi garantierten staatlichen Abnahme der Rüstungsgüter. Die wahnsinnigen Rüstungsprojekte, die Reagan in den USA („Star Wars"-Konzept) und Kohl in der BRD (Tornado/Jagdflugzeug der 90er Jahre) geplant haben, lassen überdies die Profite im Luft- und Raumfahrtbereich auch für die nächsten 20 Jahre als gesichert gelten.

Und zweitens rüstet sich Daimler-Benz damit auch für den kommenden großen Krach im Automobilgeschäft. Schon heute schreibt Daimler im LKW-Bereich teilweise rote Zahlen. Und auch der PKW-Bereich wird in Zukunft nicht mehr so wachsen, wie bisher. Ein weltweiter Einbruch ist abzusehen. Daimler koppelt sich also schon. Daimler sucht sich also schon beizeiten andere Gewinnmöglichkeiten. Damit liegt Daimler-Benz genau im Trend anderer Automobilkonzerne, die sich für kommende Autokrisen ein „zweites Stand (sprich: Profit)bein" zugelegt haben.

Und sicherer wird damit kein Arbeitsplatz, weder in der Rüstungs- noch in der Automobilindustrie. Schon heute spricht man davon, daß bei MTU 1988 Tausende entlassen werden müssen, wenn für das Tornado-Triebwerk nach Produktionsauslauf keine Anschlußaufträge vorliegen. Und umgekehrt darf sich niemand Illusionen machen, daß bei einer Automobil-Krise die Arbeitsplätze bei Daimler durch die Rüstungsprofite subventioniert werden.

MTU

Die Motoren- und Turbinenunion, München, wurde 1969 gemeinsam von MAN und Daimler-Benz gegründet. Schwerpunkte der Produktion sind schwere Verbrennungsmotoren (Panzer- und Schiffsantriebe), sowie Düsentriebwerke. MTU liefert die Motoren für die Leopard-Kampfpanzer und sämtliche in deutschen Werften gebaute U-Boote, sowie die Triebwerke für Alpha Jet, Tornado und Airbus. In München und Friedrichshafen sind rund 12000 Mitarbeiter beschäftigt. Der Jahresumsatz beträgt ca. 2,1 Mrd. DM, davon 55 Prozent aus der Produktion von Militärausrüstungen. Damit ist MTU der fünftgrößte Rüstungskonzern der BRD.

Dornier

Der Dornier-Konzern in Friedrichshafen ist ein Rüstungsbetrieb mit langer Tradition. Er rüstete bereits die Hitler-Wehrmacht mit Flugbooten und Langstrekkenflugzeugen aus. Auch heute noch liegt der Schwerpunkt des Konzerns in der Luft- und Raumfahrt. Mit anderen Konzernen aus Frankreich und USA ist er u.a. an der Produktion der Kampfflugzeuge Alpha Jet und Tornado, sowie an verschiedenen Raketenentwicklungen beteiligt. In 3 Werken in der BRD, in Friedrichshafen, in Lindau und Oberpfaffenhofen, werden ca. 9000 Mitarbeiter beschäftigt. Ca. 70 Prozent des Jahresumsatzes von 1,5 Mrd. DM wird mit militärischen Gütern erzielt. Damit rangiert Dornier unter den 8 größten Rüstungsbetrieben der BRD. Nach Pressemeldungen soll Dornier auch an dem umstrittenen „Star-Wars"-Konzept des amerikanischen Präsidenten beteiligt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Altersarmut der Frauen bleibt

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über das derzeitige aktuelle Rentenniveau.

Dabei ist allerdings noch wichtig, wie sich diese Zahlen im einzelnen verteilen. Etwa 1/3 der Arbeiter hat eine Rente unter 1 000 DM, aber 95 Prozent der Arbeiterinnen. Bei den Angestellten liegen etwa 1/3 der Männer unter 1 400 DM und 87 Prozent der Frauen.

Etwa 90 Prozent der Arbeiter-Witwenrenten, die in den Zahlen der Tabelle 1 nicht enthalten sind, liegen ebenfalls unter 1 000 DM im Monat.

Angesichts dieser Zahlen nimmt es dann nicht wunder, daß der Prozentsatz der Frauen über 65 Jahre, die Sozialhilfeempfänger sind, weit größer ist als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht; die Dunkelziffer ist dabei natürlich noch außen vor.

Aber von diesen Fakten war in den Beratungen wenig die Rede. Professor Dr. Ruland vom Verband deutscher Rentenversicherungsträger stellte die Umverteilungswirkung der Maßnahmen innerhalb der Versicherten und Rentenbezieher deutlich dar — in Abgrenzung der beiden „Alternativmodelle" Teilhabe (SPD) und Anrechnung (CDU/CSU/FDP): „Bezogen auf einen Zustand, der unterstellt, daß im Jahre 1985 beide Modelle schon voll gegolten hätten, würde das Anrechnungsmodell zu einer Belastung der Versorgung der Frauen in Höhe von etwa 365 Millionen führen. Das heißt, **die Witwenversorgung insgesamt würde sich um 365 Millionen DM verschlechtern. Die Versorgung der Witwer würde sich um 595 Millionen DM verbessern.** Wir haben also beim Anrechnungsmodell zwangsläufig eine Verschiebung von Geldmitteln von den Witwen hin zu den Witwern — eine Verschiebung, die möglicherweise unvermeidbar ist, weil Karlsruhe so entschieden hat, das sehe ich auch. Aber als Faktum bleibt, daß von der ohnehin sozial schlechter gesicherten Gruppe der Witwen Geld weggezogen wird zu den Witwern... Das Teilhabermodell führt dazu, daß die Frauen, die mehr als ein Drittel der Mannesrente als eigenes Einkommen erworben haben, Kürzungen hinnehmen müssen. Im Vergleich zu den Frauen, die nach dem Anrechnungsmodell benachteiligt werden, sind das in diesem Fall mehr: 480 000 Frauen mit langer eigener Erwerbstätigkeit müßten hier etwas abgeben. Wir haben also auch beim Teilhaberrentenmodell eine Umverteilung zwischen den Frauen, das heißt, die Frauen, die in hohem Maße erwerbstätig waren, müßten etwas abgeben, und zwar nicht wenig, zugunsten der Frauen mit geringem Einkommen oder geringer Rente." (S. 37/38, Protokoll der Anhörung vom 28.2.1985, Ausschuß für Arbeit und Soziales)

Schlußfolgerung ist also: Der Besitzstand männlicher Rentner wird in beiden Modellen gewahrt, beim SPD-Modell wird die Erwerbstätigkeit der Frau bestraft — und zwar immer dann, wenn sie mehr als ein Drittel ihre eigene Anwartschaften hat als der Mann.

Eigentlich also eine „ideale" Lösung für die konservative Regierung, die ja ansonsten durchaus der „Frau an den Herd"-Ideologie zugetan ist. Die Gegnerschaft zu dieser Ideologie — und der praktischen Folgen in diese Richtung beim SPD-Modell — waren auch der Grund für das Umschwenken des DGB vom Teilhabermodell, das er lange bevorzugte, zum Anrechnungsmodell von Blüm; dies unter dem Gesichtspunkt des „kleineren Übels, da das konservative Leitbild der nichterwerbstätigen Hausfrau gerade **nicht** unterstützt wird und Verschlechterungen für die Großzahl der Erwerbstätigen Frauen vermieden werden." (Gewerkschaftsjahrbuch 1985 S. 356)

Der zweite Bereich, der in diesem HEZG geregelt wird, ist die Frage der Anerkennung von Erziehungszeiten. Hierzu zunächst einige Hinweise, die zur Entwicklung dieser Frage wichtig sind.

Wie aus den durchschnittlichen „Versicherungsjahren" in den beiden Tabellen „Arbeiterrentenversicherung" und „Angestelltenrentenversicherung" zu entnehmen ist, liegen die durchschnittlichen Werte bei den Frauen weitaus niedriger, damit natürlich auch die Renten, die u. a. von der Anzahl der Versicherungsjahre abhängig sind.



Die geringere Versicherungsdauer hängt im wesentlichen mit der traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter zusammen: Unterbrechung der Erwerbstätigkeit aufgrund familiärer Verpflichtungen — Kindererziehung, Pflege dauerhaft erkrankter Familienmitglieder —, Aufgabe der Erwerbstätigkeit wegen Doppelbelastung (gerade bei mehreren Kindern), Beschäftigung in nicht versicherungspflichtigen Tätigkeiten — wie Teilzeitarbeit, Landwirtschaft, mithelfende Familienangehörige.

Die so zustandegekommenen diskontinuierlichen Erwerbsverläufe, die ihre Ursache in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung haben, werden durch die Lohn- und Gehaltsdiskriminierungen von Frauen verschärft. Hinzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt für die Hinterbliebenen — es wird ja nur 60 Prozent der Rente des Ehemannes zugestanden, obwohl die bedarfsbedingten Einsparungen eines Alleinlebenden nur 27 Prozent ausmachen und nicht 40 Prozent, wenn der vorige Lebensstanddard erhalten werden soll — so selbst das statistische Bundesamt.

Vor diesem Hintergrund ist die Regelung der Erziehungszeiten und ihrer Anrechnung mehr als lächerlich — und zwar in verschiedener Hinsicht. Einmal in ihrer konkreten Ausgestaltung — also den ganzen Einschränkungen, für wen sie nicht gelten sollten — vor 1921 geborene Müttern, u. ä. — zum andern ihrer Höhe nach — so sagte der DGB-Vertreter Schmidt bei der Anhörung am 28. 2. 85:

„Für die erwerbstätige Frau ist die vorgesehene Lösung aus anderen Gründen problematisch ... die berufstätige Frau bekommt nur ein halbes Jahr angerechnet ... die Bewertung in Höhe von 75 Prozent (des Durchschnittsverdienstes) wird von uns als unzureichend abgelehnt ... wir verlangen als ersten Schritt, die Zeiten der Kindererziehung bis zum dritten Lebensjahr anzurechnen und mit 100 Prozent zu bewerten..." (Protokoll, 28.2.85, S. 165/166)

Ähnlich äußerte sich auch der Vertreter vom Reichsbund, der sagte: "Unsere Forderung in unserem Programm lautet: drei Kindererziehungsjahre, Bewertung 100 Prozent." (S. 181 Protokoll 28.2.85)

Auf eine besondere Unverschämtheit der Regierung wies Frau Blättel vom Deutschen Frauenrat hin:

„In bezug auf die Höhe meinen wir, daß diesen Leistungen hundert Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten entsprechen müßten. Zu den jetzt vorgesehenen niedrigeren Werten darf ich hier einmal frei sagen: Im Referentenentwurf des Ministers wurde die 75 Prozent-Grenze noch mit dem Hinweis begründet, daß die 75 Prozent in etwa dem entsprächen, was Frauen im allgemeinen durch Erwerbsarbeit verdienten... Das erinnert uns so fatal an die unselige Diskussion wie sie in bezug auf die Tabellenwerte (nach denen Frauen bei Ersatz- und Ausfallzeiten diskriminiert werden) noch bis zum Bundesverfassungsgericht vorgebracht worden ist, wo ja auch die unterschiedlichen Tabellenwerte von Männern und Frauen damit begründet worden sind, daß eben das, was Frauen in der Regel erwerben können, wesentlich niedriger ist als das der Männer." (S. 162/163 des Protokolls der Anhörung am 28.2.85)

Kurz gesagt, auch dieser Teil des Gesetzes — im Gegensatz zum ersten Teil sogar Kosten verursachen wird — im Dauerzustand auf heutiger Basis rund 2,7 Milliarden DM zusätzlich — hält nichts von dem, was er vorgibt zu leisten.

Erziehungszeiten

• Ein Erziehungsjahr (Babyjahr) für jedes Kind soll Müttern vom Geburtsjahrgang 1921 an gewährt werden. Diejenigen Frauen gehen demnach leer aus, die am 1. Januar 1986 bereits 65 Jahre alt sind. Das Babyjahr soll als Beitragszeit behandelt und mit 75 vH des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten bewertet werden. Das bedeutet, daß die Monatsrente 1986 annähernd 25 DM für jedes Kind betragen würde. Das Babyjahr wirkt rentenbegründend und rentensteigernd.

• Sind die Eltern nach der Geburt des Kindes erwerbstätig, erfolgt keine Anerkennung; lediglich bei denen, die weniger als 75 vH des Durchschnittsverdienstes verdienen, erfolgt eine Aufstockung auf diesen Satz.

• Die Zeiten des Mutterschaftsurlaubs, die ohnehin als Ausfallzeiten berechnet werden, bleiben ebenfalls ohne Anerkennung, d. h. das Babyjahr dauert nur sechs Monate.

Anrechnungsmodell

• Witwer und Witwen werden ab 1986 insofern gleichbehandelt werden, als beide Anspruch auf Hinterbliebenenrente aus der Beitragsleistung des verstorbenen Ehegatten ableiten können. Es bleibt also bei der *abgeleiteten* Rente.

• Auf die Hinterbliebenenrente sollen jedoch 40 vH der Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen des überlebenden Ehepartners angerechnet werden, sofern ein Freibetrag von 900 DM netto, der dynamisiert ist, nicht überschritten wird.

• Angerechnet werden Erwerbsersatzeinkommen wie Sozialrenten, Beamtenpensionen, Renten der berufsständischen Versorgungswerke. Nicht berücksichtigt bleiben hingegen die betriebliche Altersversorgung, die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung.

Bewegt man sich innerhalb des Rahmens der Kostenneutralität, so spricht für das Anrechnungsmodell:

• Die Bezieher niedriger Renten müssen mit geringeren Abschlägen rechnen als bei dem Teilhabermodell, dies betrifft insbesondere erwerbstätige Frauen. Niedrige Renten unter 900 DM bleiben anrechnungsfrei. Von einem (kostenneutralen) Teilhabesatz von 65 vH würde die Masse der erwerbstätigen Frauen negativ betroffen, während die Männer durch die Garantie der eigenen Rente überhaupt nicht benachteiligt würden.

• Auf eine Förderung der Nur-Hausfrauen ohne eigene Ansprüche wird verzichtet.

• Die Übergangszeit von 5 Jahren für Witwen (erst dann Anrechnung zu 40 vH) vermeidet Härten.

• Die Einkommensanrechnung stellt lediglich eine Folge der Unterhaltsersatzfunktion der Rente dar. Auch das Teilhabemodell enthält (indirekt) Anrechnungsbestimmungen.

(Aus: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 85)

Tabelle 1

Durchschnittsrente Arbeiter	1983: 775,60 DM	Berufsunfähigkeits- und
Durchschnittsrente Angestellte	1983: 1 144,50 DM	·Altersruhegeldrenten
Altersruhegeld Arbeiterinnen	1983: 661,70 DM	
Altersruhegeld Arbeiter	1983: 1 111,60 DM	
" weibliche Angestellte	1983: 1 023,00 DM	
" männliche Angestellte	1983: 1 617,60 DM	

BMA 1985

Tabelle 2

Stand: 1. 1. 1984

Arbeiterrentenversicherung: 8 694 908 Renten

Hinterbliebenenrenten 2 975 876

	Anzahl	durchschnittl. Rentenbetrag*
Witwen(r)renten		
kleine	19 928	263,99
große	2 627 758	732,05
Halbwaisenrenten	317 320	254,93
Vollwaisenrenten	10 870	418,89
Versicherten- und Hinterbliebenenrenten		
Vertragsrenten:		
Versicherte		
Männer	270 392	
Frauen	131 620	
Hinterbliebene	162 630	
Auslandsrenten:		
Anzahl	411 362	
Kinderzuschüsse:		
Anzahl	259 604	
Zahl der Renten mit Kinderzuschüssen	180 849	
Beitragszuschüsse zur KVdR:		
Anzahl	8 223 416	

Versichertenrenten 5 719 032

Anzahl	durchschnittliche(r) Versicherungsjahre*	durchschnittliche(r) persönliche Bemessungsgrundlage*	durchschnittliche(r) Rentenbetrag*	Rentenart
				Berufsunfähigkeitsrenten
65 887	29,94	97,48	690,07	Männer
63 353	12,36	53,00	144,44	Frauen
				Erwerbsunfähigkeitsrenten
603 879	31,10	98,65	1 026,00	Männer
981 428	13,09	53,56	229,02	Frauen
				Erziehungsrenten
2	—	—	—	Männer
238	21,46	70,17	352,62	Frauen
				vorzeitige Altersruhegelder
157 980	42,11	108,67	1 479,08	Männer
828 151	25,24	60,09	500,86	Frauen
				vorgezogene Altersruhegelder
619 604	44,99	107,49	1 550,60	Männer
23 959	37,83	51,85	633,22	Frauen
				normale und hinausgeschobene Altersruhegelder
1 188 148	36,25	101,53	1 206,60	Männer
1 186 413	21,25	45,64	318,91	Frauen
				Versichertenrenten insgesamt
2 635 500	37,72	102,87	1 266,46	Männer
3 083 532	18,86	51,40	316,89	Frauen

* Durchschnittswerte berechnet aus „Normalrenten neuen Rechts"

Tabelle 3

Stand: 1. 1. 1984

Angestelltenversicherung: 4 209 011 Renten

Versichertenrenten 2 870 023

Rentenart	Anzahl	durchschnittliche(r) Versicherungsjahre*	durchschnittliche(r) persönliche Bemessungsgrundlage*	durchschnittliche(r) Rentenbetrag*
Berufsunfähigkeitsrenten				
Männer	15 605	27,09	118,66	727,40
Frauen	26 014	17,29	78,34	318,88
Erwerbsunfähigkeitsrenten				
Männer	186 792	29,39	119,32	1 146,04
Frauen	398 514	19,17	73,68	491,25
Erziehungsrenten				
Männer	1	—	—	—
Frauen	164	28,13	74,26	502,06
vorzeitige Altersruhegelder				
Männer	81 645	41,18	137,16	1 809,29
Frauen	631 591	32,79	96,28	1 050,95
vorgezogene Altersruhegelder				
Männer	393 160	44,59	132,59	1 894,65
Frauen	43 541	40,06	92,15	1 194,13
normale und hinausgeschobene Altersruhegelder				
Männer	587 178	36,32	142,81	1 669,92
Frauen	506 239	23,98	75,77	618,45
Versichertenrenten insgesamt				
Männer	1 264 381	38,25	135,43	1 866,63
Frauen	1 605 642	26,57	83,74	767,09

Hinterbliebenenrenten 1 338 988

	Anzahl	durchschnittl. Rentenbetrag*
Witwen(r)renten		
kleine	10 014	331,22
große	1 176 786	983,75
Halbwaisenrenten	147 893	271,84
Vollwaisenrenten	4 295	462,39
Versicherten- und Hinterbliebenenrenten		
Vertragsrenten:		
Versicherte		
Männer	75 868	
Frauen	79 228	
Hinterbliebene	33 382	
Auslandsrenten:		
Anzahl	130 308	
Kinderzuschüsse:		
Anzahl	124 896	
Zahl der Renten mit Kinderzuschüssen	96 185	
Beitragszuschüsse zur KVdR:		
Anzahl	3 946 309	

* Durchschnittswerte berechnet aus „Normalrenten neuen Rechts"

Die Schwierigkeiten der MLPD mit der Krisentheorie

Anmerkungen zu einem Artikel von Klaus Arnecke in der „Roten Fahne“

Mit einer im MLPD-Organ „Rote Fahne“ (Nr. 10/85) veröffentlichten Kritik an dem im RM-Verlag erschienenen „Krisenbuch“ hat sich der „Rote Morgen“ in seiner Ausgabe 16/85 auseinandergesetzt. Unter Bezugnahme auf den genannten RF-Artikel und auf das Buch „Krisen und Klassenkampf“ (im folgenden abgekürzt als „K&K“) von W. Dickhut, dem führenden Theoretiker der MLPD, stellte der RM fest, die MLPD würde die zyklischen Wirtschaftskrisen der kapitalistischen Produktionsweise aus einer Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt, genauer: aus der mangelnden Kaufkraft der werktätigen Massen erklären.

In diesem Zusammenhang wies der RM darauf hin, daß eine solche Auffassung exakt dem dominierenden Muster der revisionistisch/reformistischen Krisenerklärung („Unterkonsumtionstheorie“) entsprechen würde. Für die MLPD hat daraufhin K. Arnecke eine Retourkutsche in Gang gesetzt; sein in der „Roten Fahne“ 20/85 veröffentlichter Artikel ist in diesem RM nachgedruckt.

Genosse Arnecke bestreitet einerseits generell die Kritik des RM (man habe mittels willkürlich herausgegriffener Zitate die Auffassungen der MLPD entstellt); andererseits verweigert er jedoch gerade das, was man im Rahmen einer produktiven Auseinandersetzung an diesem Punkt füglich erwarten könnte: nämlich Aufklärung darüber, wie die MLPD denn nun tatsächlich das Entstehen der Krisen analysiert. Stattdessen wird versucht, von dieser Frage mit einem — nicht sehr geschickt vorgetragenen — Entlastungsangriff abzulenken: die KPD-Führer würden die Unterkonsumtion der Massen als Vorbedingung der Krisen „leugnen“. Beginnen wir mit diesem letzten Punkt.

Offensichtlich bezieht sich K. Arnecke hier auf Engels' Polemik gegen E. Dühring, die für den Zweck unserer Debatte tatsächlich von Interesse ist und für Klärung sorgen kann. Dühring hatte für die Krisen „das Zurückbleiben der Volkskonsumtion“ verantwortlich gemacht, wodurch „die Kluft zwischen Vorrat und Abnahme (Warenangebot und kauffähiger Nachfrage — RM) so kritisch weit“ geöffnet würde. Genauso argumentiert — wie wir noch sehen werden — aber auch W. Dickhut. Engels weist demgegenüber darauf hin, daß eine Unterkonsumtion der Massen — „Beschränkung der Massenkonsumtion auf das zum Unterhalt und zur Fortpflanzung Notwendige“ (MEW 20/266) — charakteristisch für alle Ausbeutergesellschaften sei und fährt fort: „Die Unterkonsumtion der Massen ist also auch eine Vorbedingung der Krisen und spielt in ihnen eine längst anerkannte Rolle; aber sie sagt uns ebensowenig über die Ursachen des heutigen Daseins der Krisen, wie über die ihrer frühern Abwesenheit.“ (ebd.)

Die „Führer der KPD“ haben natürlich nie die Unterkonsumtion in dem von K. Arnecke unterstellten Sinn geleugnet; wir haben uns nur erlaubt, auf den im zweiten Halbsatz des Engels-Zitats angesprochenen Umstand hinzuweisen. Und wo wir gerade bei Zitaten sind: Auch die in dem hier nachgedruckten RF-Artikel angeführten Äußerungen von Lenin können uns der Klärung unseres Streitfalls nicht näher bringen. Sollte Genosse Arnecke — nach dem Motto „Laßt Lenin sprechen“ — dieses Zitat als Ersatz für die von uns eingeforderte Krisenerklärung der MLPD beigebracht haben, so wäre das in der Tat nur einweiteres Ausweichmanöver.

Denn mit dem Verweis auf den grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus (gesellschaftlicher Charakter der Produktion/privater Charakter der Aneignung) hat

Fortsetzung auf Seite 7

Aus: Rote Fahne 20/85:

„Überproduktion“ revisionistischer Theorien bei der KPD

In Der ROTEN FAHNE 10/85 veröffentlichten wir eine sachliche Auseinandersetzung mit dem von der KPD herausgegebenen Buch »Das Krisenbuch — Wirtschaftskrise, Wendepolitik und Widerstnad« und wiesen nach, daß sich die KPD-Führer im Gleichklang mit revisionistischer Krisentheorie befinden. Voller Hektik und nach der Devise »Angriff ist die beste Verteidigung« zimmerten sie im »Roten Morgen« 16/85 eine Antwort zusammen, die es fertigbringt, auch nicht auf ein einziges unserer Argumente einzugehen.

Statt dessen aber erhebn sie den wahrhaft vernichtenden Vorwurf, das Buch »Krisen und Klassenkampf« von Willi Dickhut führe die Überproduktionskrisen auf die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt zurück. Und um die Linie der MLPD ins »rechte Licht« zu rücken, fügen sie die revisionistische Schlußfolgerung hinzu: *»Durch Ausweitung der Massenkaufkraft muß der stockende Warenabsatz wieder in Schwung gebracht und so der Widerspruch zwischen Produktion und Markt aufgehoben werden — zum Wohle sowohl der Werktätigen wie auch der Kapitalisten, die nun wieder verkaufen können.«*

Unterkonsumtion als Vorbedingung der Krisen

In ihrem Übereifer merkten die theoretischen Überflieger der KPD-Führung nicht, daß sie im selben Atemzug auch Karl Marx »vernichteten«, der im Dritten Band von »Das Kapital« sagte:

»Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.« (Marx/Engels Werke Bd. 25, S. 501)

Diese Aussage bedeutet, daß die Unterkonsumtion der Massen eine notwendige Bedingung aller auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsformen ist, also auch der kapitalistischen. Aber erst die **kapitalistische Form der Ausbeutung** bringt es zu Krisen. Lenin polemisierte in seiner Schrift »Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik« gegen die Erklärung der Krisen aus der Unterkonsumtion und stellte dieser Theorie die marxistische gegenüber:

»Mit einem Wort: Die erste erklärt die Krisen aus der Unterkonsumtion, die zweite aus der Unordnung der Produktion... Es fragt sich aber: Bestreitet die zweite Theorie etwa die Tatsache eines Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumtion, die Tatsache der Unterkonsumtion? Selbstverständlich nicht. Sie erkennt diese Tatsache durchaus an, weist ihr aber als einer Tatsache, die sich nur auf eine Abteilung der gesamten kapitalistischen Produktion bezieht, den ihr zukommenden, untergeordneten Platz an. Sie lehrt, daß diese Tatsache die Krisen nicht zu erklären vermag, die durch einen anderen, tiefer liegenden, grundlegenden Widerspruch des modernen Wirtschaftssystems hervorgerufen werden, nämlich durch den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung.« (Lenin Werke Bd. 2, S. 161/162)

Die KPD-Führer entblöden sich nicht, wissenschaftliche Polemik durch abgehalfterte Taschenspielertricks zu ersetzen: Erstens leugnen sie in ihrem »Roter-Morgen«-Artikel die Unterkonsumtion der Massen als **Vorbedingung** der Krisen, und zweitens greifen sie aus dem Buch »Krisen und Klassenkampf« willkürlich nur solche Zitate heraus, in denen gerade diese Vorbedingung gekennzeichnet wird. Wir wollen den Leser nicht mit ausführlichen Zitaten aus dem Buch »Krisen und Klassenkampf« über die Entstehung der Krisen aufhalten, sondern empfehlen, dort selbst nachzulesen.

KPD-Rezepte zur „Humanisierung“ des Kapitalismus

Voller Verzweiflung über ihre dürftige Beweisausbeute fragen die KPD-Theoretiker;

»Wenn aber die Krise somit nur ein Marktproblem ist, wie uns die MLPD messerscharf nachweist, warum zum Teufel sollte man sie dann nicht durch Ausweitung der Massenkaufkraft aus der Welt schaffen können?«

Und sie müssen zerknirscht feststellen: *»Aber die Auffassung, man braucht folglich nur die Löhne zu erhöhen, um die Krisen zu beseitigen — so belehrt uns W. Dickhut — ist falsch und opportunistisch«*, um dann folgende tiefschürfende Erklärung dieses Widerspruchs aufzutischen:

»Wir haben es hier mit einer besonders hoch entwickelten Form des dialektischen Denkens zu tun, dem es souverän gelingt, sich auf die Grundlagen der revisionistischen Krisentheorie zu stellen und gleichzeitig die Schlußfolgerungen dieser Theorie zu verdammen.«

Wenn uns nicht alles täuscht, trifft uns diese »Ehrung« völlig unberechtigt. Sollte sie nicht vielmehr denjenigen zukommen, die wie die KPD-Führer offen revisionistische Schlußfolgerungen ziehen, aber zugleich behaupten, fest auf dem Boden des Marxismus zu stehen? So hält das »Krisenbuch« der KPD folgendes Rezept zur »Humanisierung« des Kapitalismus bereit:

»Wir unterstützen, daß vom Staat gefordert wird, nicht mehr Milliarden in die Taschen der Unternehmer zu schleusen, sondern das Geld zur Sicherung unserer Existenz in einer verstaatlichten Stahlindustrie einzusetzen ... In Kenntnis der ‚andersgelagerten Interessen der Politik‘ ist für die praktische Durchsetzung der Verstaatlichung politischer Druck auf Regierung und Parlamente nötig. Es ist notwendig, eine eigenständige Mobilisierung der Belegschaften und der IGM zu erreichen, denn es gibt keinen Hinweis darauf, daß das Finanzkapital freiwillig auf seinen Einfluß auf die Politik verzichten wird.« (S. 218 und 221)

Leugnung des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Ist das nicht bis auf ein Haar genau die Theorie der revisionistischen DKP, die »nachweisen« will, daß die Monopolmacht ohne gewaltsame Revolution »zurückdrängen« läßt und dafür den Staat als einen über den Klassen stehenden Machtfaktor hinstellt, der von beiden Klassen »erobert« werden kann? Ebenso wie die DKP leugnen die KPD-Führer, daß sich die Monopole im staatsmonopolistischen Kapitalismus den Staat vollkommen untergeordnet haben und über ihn nicht nur die politische und militärische Macht ausüben, sondern auch tief in die Wirtschaft eingreifen: im Profitinteresse der Monopole und zu Lasten der übrigen Gesellschaft.

Während die DKP den Monopolen *»Verweigerung von Investitionen«* vorwirft und dabei von Investitionen zugunsten von Vollbeschäftigung träumt, wollen die KPD-Führer *»der Schließung von Werken erst zustimmen, wenn in ausreichendem Maß und in erreichbarer Nähe tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen sind.«* (»Krisenbuch«, S. 215) Und diesen revisionistischen Schlußfolgerungen entspricht auch ihre revisionistische Krisentheorie. Deren Kern besteht in der Behauptung, daß die *»Tendenz zur Überproduktion von Kapital«* *»zu einer Abschwächung der Akkumulation«* führe, *»ein Widerspruch, der nur durch die Vernichtung von »überflüssigem« Kapital in der Krise gelöst werden«* könne. (ebenda, S. 254)

Die Krise, daß heißt die periodische Vernichtung bzw. Entwertung des Kapitals, ist aber keine Folge der Abschwächung der Akkumulation, sonder gerade ihrer Beschleunigung. Karl Marx erklärt:

»Überproduktion von Kapital, nicht von einzelnen Waren — obgleich die Überproduktion von Kapital stets Überproduktion von Waren einschließt —, heißt daher weiter nichts als Überakkumulation von Kapital ... wo also das gewachsene Kapital nur ebensoviel oder selbst weniger Mehrwertmasse produziert als vor seinem Wachstum, so fände eine absolute Überproduktion von Kapital statt ...« (Marx/Engels Werke Bd. 25, S. 261)

Der alte reformistische Traum

Die Theorie von der Krise als Folge der Abschwächung der Akkumulation führt die KPD-Führer dazu, pausenlos nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, wie die Akkumulation zu beschleunigen wäre. Die Suche endet immer wieder beim Staat, auf den die KPD-Führer so viel politischen Druck ausüben wollen, daß er Betriebe verstaatlicht und in ihnen das Prinzip der kapitalistischen Rentabilität abschafft und dafür eine höhere gesamtgesellschaftliche Rentabilität einführt (»Krisenbuch«, S. 217). Eine solche gesamtgesellschaftliche Rentabilität kann jedoch nur durch die Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse eingeführt werden. Was im »Krisenbuch« zum Vorschein kommt, ist der alte reformistische Traum, den Kapitalismus durch staatliche Wirtschaftslenkung krisenfrei zu machen. Um so dreister und verlogener ist die Behauptung im »Roten Morgen«, das Buch »Krisen und Klassenkampf« enthalte die Theorie der *»krisenabwendenden Tätigkeit des Staates«*. Damit wollen die KPD-Führer offensichtlich davon ablenken, daß sie selbst diese revisionistische Theorie vertreten. Dagegen entspricht es der Anwendung der marxistischen Krisentheorie auf die Wirklichkeit im staatsmonopolistischen Kapitalismus, wenn es in dem Buch »Krisen und Klassenkampf« heißt:

»In der heutigen Situation des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird durch die neue technische Revolution, durch die Anwendung der Automation verbunden mit Elektronik, die Akkumulation immer mehr beschleunigt. Die ins Gigantische wachsende Akkumulation übersteigt oft die Finanzkraft selbst der Monopole. Hier greift der Staat, den sich die Monopole vollständig untergeordnet haben und dessen Organe mit denen der Monopole verschmolzen sind, mit Milliarden DM Subventionen ein ...

Was hat aber diese skrupellose ‚Wirtschaftshilfe‘ im Intertesse der Monopole zur Folge? Die Überproduktion von Kapital wächst noch rascher und damit die Überproduktion von Waren. Was unter dem Etikett ‚Beseitigung der Arbeitslosigkeit‘ zur Eindämmung der Krise von der Regierung angekündigt wurde, erweist sich als das Gegenteil. Die Widersprüche verschärfen sich.« (S. 30/31)

Deshalb kämpft die MLPD auch nicht für die reaktionäre Illusion der Verstaatlichung, sondern für die Befreiung der Produktivkräfte von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch den Sturz des Imperialismus und den Aufbau des Sozialismus.

(Klaus Arnecke)

Fortsetzung von Seite 6

Lenin ja nur den „letzten Grund" der Krisen angesprochen. Damit ist also zunächst nichts anderes gesagt, als daß die Krisen „systembedingt" sind, notwendige Folgen und Durchgangspunkte des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Es ist dies — und darum geht es Lenin bei seinen von K. Arnecke angeführten Äußerungen — eine grundlegende Abgrenzung gegenüber allen bürgerlichen Krisentheorien. Nicht geklärt ist damit jedoch, warum sich beispielsweise dieser Grundwiderspruch des Kapitalismus nicht in einer *permanenten* Krise äußert, sondern in dem bekannten zyklischen Verlauf der Akkumulation.

Es genügt also nicht, einfach auf den „letzten Grund", auf die Systembedingtheit der Krisen zu verweisen. Vielmehr kommt es gerade darauf an, zu zeigen, wie sich aus dem grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise jene Widersprüche entwickeln, die unmittelbar zum krisenhaften Einbruch der Akkumulation führen. Genau darum drückt sich aber Genosse Arnecke herum; und wir sind — wie schon in dem ersten Artikel zu diesem Thema — wieder darauf angewiesen, die Krisenerklärung der MLPD in W. Dickhuts Buch „Krisen und Klassenkampf" ausfindig zu machen.

Beschränkung der Massenkaufkraft

Ansatzpunkte für die Entfaltung einer wissenschaftlichen Untersuchung der kapitalistischen Krisen und ihrer Bedingungen hätte W. Dickhut u. E. in dem von ihm als „ausgezeichnete Darstellung der Marxschen Krisentheorie" bezeichneten Buch von F. Oelßner (Die Wirtschaftskrisen, Ostberlin 1949) finden können. Bei der Darstellung des Krisenzyklus zitiert Genosse Dickhut seinen Gewährsmann Oelßner wie folgt: „Der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem kapitalistischen Charakter der Aneignung entfaltet sich als Widerspruch zwischen der Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion und der beschränkten Entwicklung des Marktes. Produktion und Markt gehen in ihrer Entwicklung auseinander. Ist die Differenz zwischen beiden genügend groß, das heißt, ist die Produktion am Markt soweit vorausgeeilt, daß der Absatz der Waren auf immer größere Schwierigkeiten stößt, dann wird die innere Einheit zwischen Produktion und Markt gewaltsam wiederhergestellt — durch die Krise." (K&K 87f)

Man täte nun Oelßner Unrecht, würde man seine Darstellung der Krisen auf die hier zitierten Äußerungen reduzieren. Oelßner ist sich sehr wohl bewußt, daß die Krisen die „Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie" (MEW 26.2/495) sind. Demzufolge bemüht er sich auch, *alle* diese Widersprüche in seine Darstellung einzubeziehen. Wenngleich das nur unzulänglich geschieht, behandelt Oelßner doch ausführlich den „Widerspruch zwischen wachsender Produktivität und sinkender Verwertungsmöglichkeit (Fall der Profitrate)" (S. 108) und dessen Bedeutung für den Ausbruch der Krise.

Hier hätte sich W. Dickhut ohne Mühe kundig machen können. Aber er hat sich bei Oelßner nur den Widerspruch zwischen Produktion und Markt herausgepickt, ignoriert alles übrige und leitet ausschließlich daraus die Krise ab. Auch wo er selbständig — und nicht per Zitat — auf die Ursachen der Krise zu sprechen kommt, geht es nie um etwas anderes als um das Marktproblem. „Die Bevölkerung und damit der innere Markt für Konsumtionsmittel wächst langsamer als die Expansionskraft des Kapitals." (K&K 28) Hier wird die Ausdehnung des Marktes statt durch die Entwicklung der kauffähigen Nachfrage sogar durch die Rate des Geburtenzuwachses bestimmt!

W. Dickhut sieht nicht nur die unmittelbaren Ursachen der Krisen ausschließlich in den Problemen der Realisierung des Profits, das heißt, der Unmöglichkeit, die produzierten Waren zu den beabsichtigten Preisen abzusetzen. Er reduziert überdies den Markt auch noch vollständig auf die individuelle Konsumtion der Werktätigen und übersieht dabei vollkommen, daß ein großer Teil des Mehrprodukts (in Form von Maschinen etc.) produktiv zum Zweck der Kapitalverwertung konsumiert wird und somit natürlich von der Massenkaufkraft unabhängig ist.

Widersprüche der Produktivkraft-Entwicklung

W. Dickhut hat sich aber in seine Unterkonsumtion so sehr verrannt, daß er sie faktisch zur *Triebkraft* der kapitalistischen Akkumulation überhaupt erklärt (und das allerdings hat vor ihm noch niemand fertiggebracht): „Da die Verwertung des Kapitals an der beschränkten Konsumtion der Bevölkerung ihre Grenze fand, wuchs das in Produktionsmitteln angelegte Kapital (konstantes Kapital) viel rascher und umfangreicher als das in Arbeitskraft angelegte (variable Kapital = Löhne)." (K&K 20)

In der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (schnelleres Wachsen des konstanten im Vergleich zum variablen Kapital), die W. Dickhut hier anspricht, drückt sich die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit aus. Der Motor dieser Entwicklung ist natürlich nicht die begrenzte Massenkonsumtion, sondern *der Verwertungstrieb des Kapitals.* Es ist „der immanente Trieb und die beständige Tendenz des Kapitals, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern, um die Ware und durch die Verwohlfeilerung der Ware den Arbeiter selbst zu verwohlfeilern." (MEW 23/338)

Gerade diese Tendenz und ihre widersprüchliche Entfaltung aber hätte W. Dickhut untersuchen müssen, statt in der Zirkulationssphäre nach den Ursachen der Krise zu stochern. Mit der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit kann das Kapital einerseits die Mehrwertrate erhöhen. Andererseits schließt der gleiche Prozeß die Ersetzung von Arbeitern durch Maschinen, also die relative Verringerung der Mehrwertproduzenten ein. Die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals führt — trotz gesteigertem Ausbeutungsgrad — zu einem Fall der Profitrate. Und wenn auch nicht für W. Dickhut, so gilt doch in der marxistischen Theorie, daß nicht die Nachfrageentwicklung auf dem Markt und ihre Bedingungen, sondern daß „der Profit und das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung und Beschränkung der Produktion entscheidet." (MEW 25/269)

An diesem Punkt kann nun von den Ausführungen des Genossen Dickhut wieder zu dem Artikel von K. Arnecke zurückgegangen werden, konkret: zu seiner Entlarvung des Kerns unserer — natürlich revisionistischen — Krisentheorie. Eine solche kernhafte Entlarvung ist offensichtlich ein unbedingtes Muß für jeden RF-Artikel. Für diejenigen, die bislang die Debatte nicht verfolgt haben, sei hier daran erinnert, daß im letzten Beitrag der „Roten Fahne" unser spezifischer Revisionismus noch so festgemacht wurde: Die KPD behaupte einen vier- bis fünfjährigen Krisenzyklus in der BRD, nämliches würde schwarz auf weiß auch in einem Lehrbuch der SED stehen (während die MLPD originellerweise offensichtlich von dem Verschwinden des Krisenzyklus in den ersten Nachkriegs-Jahrzehnten ausgeht — ein später Sieg von Karl Schiller an der theoretischen Front).

Diese hübsche Entlarvungsidee wurde leider völlig fallengelassen; inzwischen hat man sich einen anderen revisionistischen Kern aus unserem „Krisenbuch" destilliert. Dort sei behauptet worden, die Krise wäre Folge einer Abschwächung und nicht einer Beschleunigung der Akkumulation. Vielleicht hat Genosse Arnecke übersehen (wir werden ihm bestimmt nicht böswillig falsches Zitieren unterstellen), daß die entsprechende Passage im „Krisenbuch" von verschiedenen Tendenzen handelt, die im Fal der Profitrate begründet sind — beispielsweise von dem Bestreben des Kapitals, die sinkende Profitrate durch Erweiterung der Profitmasse zu kompensieren (was natürlich eine Beschleunigung der Akkumulation bedeutet).

Überakkumulation von Kapital

Aus der Darstellung einer anderen Tendenz setzt K. Arnecke unser zitatstückhaft den Kern unserer revisionistischen Krisentheorie zusammen. Wir verzichten darauf, diese Darstellung aus dem „Krisenbuch" im vollen Wortlaut zu wiederholen oder Marx (dessen Autorität bei der MLPD ja uns ziemlich zweifelhaft ist) als Kronzeugen anzurufen. Wir wollen lieber F. Oelßner sprechen lassen, von dem wir wenigstens positiv wissen, daß er für die MLPD-Genossen als hundertprozentig „korrekt" gilt. Also:

„Der Fall der Profitrate hat aber auch eine Tendenz, die der raschen Akkumulation entgegenwirkt. Soweit nämlich durch diesen Fall die Rate der Verwertung des Gesamtkapitals sinkt, also der Stachel der kapitalistischen Produktion erlahmt, wird die Bildung neuer selbständiger Kapitale verlangsamt. Damit erscheint der Fall der Profitrate als ‚bedrohlich für die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses, er befördert Überproduktion, Spekulation, Krisen, überflüssiges Kapital neben überflüssiger Bevölkerung.' Denn die Kapitale, die infolge der fallenden Profitrate nicht produktiv angewandt werden, liegen brach, während gleichzeitig die arbeitslose Überbevölkerung keine Beschäftigung findet." (Die Wirtschaftskrisen, S. 73)

Oelßner — wie auch die Autoren des „Krisenbuchs" — haben diese Sachen eh nur aus dem dritten Band des „Kapitals" abgeschrieben. Insofern ist es sehr ungeschickt, daß K. Arnecke nun an gleicher Stelle nach Zitaten sucht, um das vorweg Gesagte zu widerlegen. Das von ihm angeführte Marx-Zitat — offensichtlich aus Dickhuts Buch abgeschrieben und offenkundig von beiden nicht verstanden — führt uns nämlich zum wirklichen „Kern" der Angelegenheit. Überproduktion von Kapital, sagt Marx, schließt zwar die Überproduktion von Waren ein, ist aber nichts anderes als *Überakkumulation von Kapital.*

Für die MLPD-Genossen dagegen kann sich Überproduktion nicht anders darstellen als durch einen Haufen überschüssiger Waren. Das Maß der Überproduktion ist für sie der Grad der *Unverkäuflichkeit* dieser Waren (eben wegen der mangelnden Kaufkraft der Massen). Für Marx dagegen ist Überproduktion wesentlich Überakkumulation von Kapital und deren Maß ist die *Verwertung.* Überakkumulation ist gegeben — so Marx in dem von K. Arnecke angeführten Zitat — „wo also das gewachsene Kapital nur ebensoviel oder selbst weniger Mehrwertmasse produziert als vor seinem Wachstum." (MEW 25/262)

Die MLPD-Genossen suchen die Ursachen für die Krisen in der *Zirkulationssphäre,* in den Bedingungen der *Realisierung* des Profits; Marx dagegen findet diese Ursachen in den Widersprüchen des *Produktionsprozesses,* in den Bedingungen der *Produktion* des Profits. Für erstere handelt es sich bei den zyklischen Störungen im Reproduktionsprozeß wesentlich um *Marktkrisen,* für Marx und seine relativ starke Anhängerschar (einschließlich der „KPD-Führer") handelt es sich wesentlich um *Verwertungskrisen* des Kapitals. (Um gleich vorhersehbare neue Ausweichmanöver der MLPD-Genossen freundlichst abzublocken: Wir erklären hiermit, daß wir die Bedeutung der Realisierung des Profits, der eingeschränkten Massenkaufkraft usw. für die Krisen keineswegs „leugnen" — diese Bedeutung ist im übrigen im „Krisenbuch" ausführlich gewürdigt.)

Politische Konsequenzen

Es ging hier natürlich nur darum, die grundsätzlich verschiedenen Ansätze für eine Analyse der Krisen herauszuarbeiten. Warum ist das überhaupt von Bedeutung? Welche Bestimmungen für die Entfaltung einer revolutionären Praxis ergeben sich aus den unterschiedlichen Ansätzen?

1. Man kann die Strategien des Kapitals, die eindeutig auf eine grundlegende Verbesserung der *Verwertungs*bedingungen — insbesondere durch Verbilligung der Arbeitskraft — abzielen, nicht begreifen, wenn man die Krise nur für ein Problem der Unverkäuflichkeit von (Konsum-)Waren hält und sie nicht als Krise des kapitalistischen Profits versteht.

2. Wer von Unterkonsumtionstheorien ausgeht und sich zurechtzimmert um die Entwicklung wirtschaftspolitischer Alternativen bemüht (das tut allerdings die MLPD nicht), muß zwangsläufig bei der Erhöhung der Massenkaufkraft ansetzen und dies als Strategie sowohl im Interesse der Werktätigen (Konsumzuwachs) als auch der Kapitalisten (Belebung der Akkumulation) ausgeben.

3. Wenn die Krise nur aus der mangelnden Massenkonsumtion erwächst, also ein Problem der Verteilungsverhältnisse ist, muß es auch dieser Logik heraus auch möglich sein, durch staatliche Eingriffe in diese Verhältnisse die Krise aus der Welt zu schaffen.

Was nun die MLPD betrifft, so haben wir in dem Artikel im RM 16/85 bereits darauf hingewiesen, daß sie den logischen Konsequenzen ihrer Krisentheorie dadurch zu entgehen versucht, daß sie sich weitgehend aus der Politik heraushält. Auch eine Methode — aber auf die Dauer kaum durchzuhalten. In dem genannten Artikel wurde auch die schizophrene Behandlung der Staatsfrage durch die MLPD behandelt. Deshalb hier nur zwei Anmerkungen zum Artikel von K. Arnecke.

Er hat die KPD-Führer ein weiteres Mal beim „Leugnen" ertappt, diesmal gar gemeinsam mit der DKP (mach acht bitte auf die feinen bündnispolitischen Differenzierungen: Bei der KPD „leugnen" nur die Führer, bei der DKP dagegen „leugnet" die Basis mit). Beide Organisationen also würden abstreiten, daß sich die Monopole den Staat vollständig untergeordnet hätten usw. Wir wollen uns selbst hier mal aus der Schußlinie ziehen und nur — natürlich unautorisiert — für die DKP diese Behauptung ganz energisch abstreiten. Was sie angeblich leugnet, ist natürlich in Wahrheit Kernbestand ihrer Stamokap-Theorie.

Genosse Arnecke will mit seiner absurden Behauptung offenbar wieder mal so ein unglückliches Ausweichmanöver unternehmen, um nicht offenbar werden zu lassen, daß die MLPD ebenso von einem wahnwitzigen Staatsfetischismus besessen ist wie die DKP. Denn abgesehen von der Frage der Unterordnung unter die Monpole, der Eingriffe in die Wirtschaft (das unterschreiben wir alles auch) geht es in der Frage des imperialistischen Staates — gerade in bezug auf ökonomische Krisenprozesse — nicht zuletzt darum, welche Fähigkeiten des regulierenden Eingriffs in die spontanen Bewegungen der Wirtschaft dieser Staat hat.

Nach der Lektüre von „Krisen und Klassenkampf" muß man annehmen, daß sich hierzulande schon ein „Primat der Politik" durchgesetzt hat. Denn offenbar bestimmen nicht mehr die Bewegungsgesetze der ökonomischen Basis die politischen Formen, sondern umgekehrt kann der Staat durch seine Eingriffe

- den Krisenzyklus entweder ganz aufheben oder doch zumindest in seiner Ausformung (in der MLPD-Spezialität der „schwankenden Stagnation") bestimmen;
- tiefe Kriseneinbrüche wie den von 1975 vollständig von den Monopolen abwenden;
- sogar gegenwärtig für ein Phantom wie die „beschleunigte Akkumulation" sorgen (wo doch — jedenfalls in der Realität außerhalb der MLPD-Theorien — gerade eine Wachstums*schwäche* den gegenwärtigen Kapitalismus auszeichnet).

Solche Qualitäten können die KPD-Führer dem Staat allerdings nicht zuschreiben (das tut inzwischen übrigens nicht einmal mehr die DKP). Wir gehen nur davon aus, daß der Staat beschränkte Einflußmöglichkeiten auf die ökonomische Sphäre hat, in seinen konkreten Maßnahmen jedoch beeinflußbar ist durch den Klassenkampf. Laut K. Arnecke ist das der finsterste Revisionismus. Interessant ist nun, daß es nach Ansicht der MLPD durchaus möglich ist, nicht weniger als die *Bereinigung der ganzen Umweltkrise* im aktiven Widerstand der werktätigen Massen gegen das Profitstreben der Monopole und ihrer jeweiligen Monopolregierung durchzusetzen." (K&K 184) Die Forderung nach der Durchsetzung bestimmter staatlicher Beschäftigungsgarantien dagegen (beispielsweise durch gewerkschaftlichen Kampf für Verstaatlichungen) ist in den Augen der MLPD-Genossen schlimmste Illusionsmacherei.

Ein eigenartiger Widerspruch. Aber vielleicht ist es gar nicht so, daß die MLPD im Kampf für politische Forderungen prinzipiell abstinent ist — vielleicht soll sich nur gerade die Arbeiterklasse aus dem politischen Kampf heraushalten.

Von Südafrikas Gnaden

Marionettenregierung in Namibia

Am Montag vergangener Woche richtete die südafrikanische Regierung eine neue Regierung in Namibia ein, einem Land, das gegen jegliches Völkerrecht von Südafrika annektiert ist, und dem jegliche Selbstbestimmung von Südafrika verwehrt wird.

Bislang hatte der von Südafrika bestellte **Generalverwalter für Namibia** allein das Sagen im Land. Die jetzt von der südafrikanischen Regierung eingesetzten Institutionen sollen dem Herrschaftsverhältnis einen Schleier umhängen. Es gibt ein Kabinett mit acht Ministern, eine Nationalversammlung mit 62 Mitgliedern und einen Rat für Verfassungsfragen. Südafrika behält sich weiter das Recht vor, in Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung selbst über Namibia zu entscheiden. Und mehr noch: **die ganze eingesetzte Regierung kann kein Gesetz verabschieden, wenn es nicht vom neuen Vertreter Südafrikas in Windhuk gegengezeichnet wird.** Offen gesagt, gar nichts wurde da verändert. Um die Person des Generalverwalters, der nicht mehr so heißt, gruppiert sich nur ein Scheinparlament, eine Marionettenregierung.

In Ost und West hat die neue Regierung von Südafrikas Gnaden keinerlei Chance auf Anerkennung. In der UNO wurde die „Übergangsregierung" kritisiert. Hier besteht man weiter auf dem UN-Plan 435, der die Unabhängigkeit nach freien und allgemeinen Wahlen vorsieht. Vor allem müßte in irgendeiner Form die mächtige Befreiungsbewegung SWAPO beteiligt sein, die die Mehrheit des Volkes von Namibia vertritt, und die jetzt nicht nur nicht beteiligt ist, sondern extremer Verfolgung unterliegt.

Die Bundesregierung hat die neue namibische „Regierung" als „null und nichtig" bezeichnet, was Wendepolitiker jedoch nicht daran hinderte, an den Feierlichkeiten in Namibia (immerhin das ehemalige „Deutsch-Südwest!") teilzunehmen. Die Bundestagsabgeordneten Hans Klein (CSU), Klaus-J Jürgen Hedrich (CDU) und Wolfgang Rumpf (FDP) haben eine Einladung der südafrikanischen Regierung angenommen. Die somit signalisierte internationale Anerkennung wird den Parlamentariern natürlich honoriert: die Ehefrauen dürfen mit, First-Class-Flüge sind gebucht und logiert wird im Windhuker Luxushotel Kalahari Sands. Alles auf Kosten der Rassistenregierung. Ein Parlamentarier-Ausflug auf Mörderkosten. Auch ein Stück Wende.

Die Bevölkerung demonstrierte während der „Feierlichkeiten", die von südafrikanischen Armeeangehörigen abgesichert worden. Die neue „Regierung" setzte die alte Politik fort: auf die Demonstranten gingen Polizisten mit Knüppeln und Trägas los.

Am vergangenen Montag in Windhuk: Frauen demonstrieren gegen die neue Marionettenregierung

Südafrikas Armee:

Überfall auf Botswana

Ende vergangener Woche hat die südafrikanische Armee einen Kommandoüberfall auf die Hauptstadt von Botswana, Gaborone, unternommen. Bei dem verbrecherischen Einsatz starben mindestens 15 Menschen, darunter auch Kinder und Frauen. Einige Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Die südafrikanische Regierung hat den Überfall ganz offen zugegeben. Der Chef der südafrikanischen Armee, General Viljoen, erklärte, das Unternehmen habe sich gegen Mitglieder der Befreiungsbewegung „African National Congress" (ANC) gerichtet.



Mit dieser Aktion, mit diesem Verbrechen will das Rassistenregime zweierlei erreichen. Die Mitglieder des ANC — in Südafrika eh schon verfolgt und in der Illegalität lebend, sollen sich auch im Ausland nicht mehr sicher fühlen, sollen, wohin sie auch in Exil mußten, physisch vernichtet werden. Zum zweiten will die Regierung mit dieser Aktion von den Zuständen im eigenen Land ablenken. Der Überfall auf Botswana, der Mordanschlag gegen die ANC-Leute soll ihnen dazu dienen, „Terroristen aus dem Ausland" für die Protestwelle, den Widerstand im eigenen Land verantwortlich zu machen.

Auf der Pressekonferenz nach dem Überfall drohte der Mördergeneral Viljoen mit weiteren Aktionen. Man habe gehofft, so Viljoen, mehr Mitglieder des ANC in den Häusern von Gaborone anzutreffen. Der Auftrag lautete: Wer sich zum Zeitpunkt des Angriffs in den Häusern aufhielt, wird erschossen. Drei Frauen und Kinder waren auch dabei. Viljoen sagte weiter, die südafrikanischen Geheimpolizei habe noch weitere ANC-Treffs in Gaborone ausfindig gemacht. *„Hoffentlich hat sich die Regierung Botswanas unsere Operation zu Herzen genommen, denn sonst kann es sein, daß wir auch diese Ziele angreifen müssen"*, drohte der General.

Die Regierung Botswanas hat diesen *„Akt der Brutalität und Gewalt"* scharf verurteilt. Aus vielen Ländern kamen Proteste gegen den Überfall Südafrikas. Angola hat eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates verlangt. In einem Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrates heißt es, die fortgesetzten Aggressions- und Gewaltakte der bewaffneten Streitkräfte des Rassistenregimes von Südafrika seien eine Bedrohung der regionalen und internationalen Sicherheit und des Friedens. Sie verletzten die territoriale Integrität und die nationale Souveränität Angolas. Während nicht nur von direkt betroffenen Nachbarn, wie Angola, sondern weltweit viele Staaten endlich konsequentes Handeln gegen Südafrika verlangen, haben die USA schon abgewunken. Keine Änderung der Politik der Unterstützung der Rassisten. Ronald Reagan sagte auf einer Pressekonferenz zu dem Kommandounternehmen: *„Ich glaube nicht, daß es uns veranlassen sollte, die Beziehungen abzubrechen."* Er sehe vielmehr Erfolge der amerikanischen Politik des *„konstruktiven Engagements"* gegenüber Südafrika. Die Erfolge sind an den Toten zählbar! Und entsprechend der Linie des „großen Bruders" aus Washington, hat man in Bonn zwar den Überfall als solchen verurteilt, sieht aber auch keinen Anlaß, seine Südafrika-Politik zu ändern. Wo doch immerhin das große Geld der BRD so gute Geschäfte mit diesem Rassistenstaat macht. Siehe Tabelle.

10. Jahrestag von Soweto



In der berühmt gewordenen schwarzen Vorstadt Soweto demonstrierten am Wochenende die Menschen gegen das Rassistenregime. Rund 4000 Menschen nahmen an einem Gedenkgottesdienst für die Opfer der Aufstände teil, die damals mindestens 575 Todesopfer forderten. Nach der mehrstündigen Feier, die von starken Polizeieinheiten beobachtet wurde, flogen Steine gegen Polizisten.

In Soweto waren heftige Kämpft entbrannt, als vor Jahren in den Schulen statt des gängigen Englisch als Hauptsprache, das Afrikaans, die Sprache der weißen Siedler für verschiedenen Fächer eingeführt werden sollte. Die Demonstrationen der Schüler von Soweto waren ein Signal für die ganze rebellische Jugend. Mit einem ungeheuren Blutbad unter Jugendlichen versuchte die Rassistenregierung den Aufstand einzudämmen. Aber noch heute sind es immer wieder Jugendliche in der ersten Reihe, wenn es gilt, die rassistische Politik der Regierung zu bekämpfen. Auch bei der gigantischen Verschleppungsaktion, der Politik der Umsiedlung in die sogenannten Homelands, Reservate für die Schwarzen, sind die Jugendlichen immer vorn weg.

Die Versammlungen am Jahrestag von Soweto waren auch ein Gedenktag an die Gründung des ANC, des Afrikanischen Nationalkongresses. Während der Gedenkfeier in Soweto — die genau 16 Jahre nach der ersten ANC-Generalkonferenz stattfand — forderten die Teilnehmer auch die Freilassung des Führers des ANC, Nelson Mandela, und aller anderen politischen Gefangenen.

Prominentester Teilnehmer der Versammlung war der südafrikanische Bischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu. Gegen Desmond Tutu laufen offensichtlich Mordpläne. Die südafrikanischen Rassisten sind zu allem bereit, um ihre Macht zu erhalten. So werden den Bischof ermorden, wie sie hunderte Jugendliche hingeschlachtet haben, wenn ihnen nicht bald die massive Hilfe des westlichen Imperialismus genommen wird. Der Kampf für die Freiheit der Schwarzen in Südafrika muß auch hier geführt werden, wo die Finanziers der Rassisten sitzen, wo in den Zentralen der Banken und Konzerne die Profitler an der Ausbeutung und Unterdrückung von Millionen Menschen sich die Hände reiben.

Immer dabei: die deutschen Banken

	Südafrikanische Schuldner	Kredithöhe/ Anleihehöhe	Zinssatz	Laufzeit bis	bundesdeutsche Banken aus Manager oder Co-Manager
Januar	Republik Südafrika	70 Mio. SFr	6 %	1989	Deutsche Bank (Schweiz)
März	Electricity Supply Commission (ESCOM)	37 Mio. DM	variabel	1991	Commerzbank
März	Republik Südafrika	40 Mio. ECU	11,25 %	1999	Berliner Handels- und Frankfurter Bank
März	Republik Südafrika	75 Mio. US-$	variabel	1989	Dresdner Bank
April	South African Transport Services (SATS)	50 Mio. DM	8 %	1991	Berliner Handels- und Frankfurter Bank
April	Electricity Supply Commission (ESCOM)	150 Mio. DM	8 %	1992	Dresdner Bank; Commerzbank; Bayerische Hypotheken- und Wechselbank; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Deutsche Bank; Westdeutsche Landesbank/Girozentrale
Mai	Standard Bank Import & Export Finance Co. Ltd.	50 Mio. £	variabel	1992	Westdeutsche Landesbank/ Girozentrale
Juni	Industrial Development Corporation (IDC)	50 Mio. DM	8,38 %	1991	Dresdner Bank; Commerzbank; Bayerische Landesbank/Girozentrale
Juni	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	150 Mio. DM	8,38 %	1991	Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Bayerische Vereinsbank; Commerzbank; Deutsche Bank; Dresdner Bank; Bayerische Hypotheken- und Wechselbank; Bayerische Landesbank/Girozentrale
Juni	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	50 Mio. US-$	variabel	1988	Dresdner Bank; Landesbank Schleswig-Holstein
Juli	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	42 Mio. US-$	variabel	1989	Bayerische Hypotheken- und Wechselbank
September	Electricity Supply Commission (ESCOM)	100 Mio. DM	8,25 %	1992	Commerzbank; Dresdner Bank; Bayerische Vereinsbank; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Deutsche Bank; Westdeutsche Landesbank/Girozentrale
Oktober	Department of Posts and Telecommunication (DPT)	40 Mio. ECU	11,63 %	1999	Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Commerzbank; Dresdner Bank
November	South African Transport Services (SATS)	100 Mio. DM	7,63 %	1992	Deutsche Bank; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Bayerische Vereinsbank; Commerzbank; Dresdner Bank
Dezember	Republik Südafrika	250 Mio. DM	7,75 %	1992	Deutsche Bank; Commerzbank; Dresdner Bank; Bayerische Landesbank/Girozentrale; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Westdeutsche Landesbank/Girozentrale

(Quelle: unveröffentlichte Studie des Weltkirchenrats, Genf)

Die relative Stabilität des Regimes von Südafrika, die wirtschaftliche Stärke wäre nicht denkbar ohne die Hilfe und Unterstützung ausländischer Banken. Während die Kritik am Regime immer größer wird, in einigen Ländern auf Grund des Protestes auch schon Banken Rückzieher gemacht haben, schert die bundesdeutschen Banken das alles einen Dreck. Langsam aber sicher sind sie die größten Finanziers des Rassistenregimes geworden.

So hat die Dresdner Bank AG über eine Beteiligungsgesellschaft die 51 Prozent-Stammkapitalmehrheit der ehemals rein namibischen SWABANK in Windhoek, Namibia übernommen und macht glänzende Geschäfte mit dem Regime, obwohl es international geächtet und boykottiert werden soll. Und die Dresdner Bank ist kein Einzelfall.

In der Zeit vom 1. Juni 1982 bis 31. Dezember 1984 haben bundesdeutsche Banken mindestens 48 Anleihen an Südafrika genagt. Von insgesamt 3754,6 Millionen US-Dollar haben die westdeutschen Banken allein 1235 Millionen Dollar besorgt. Bei den Anleihen, die über Banken (nicht über staatliche Stellen laufen) haben sie schon einen Anteil von 63 Prozent.

Die Zahlen stehen in der Bundestagsdrucksache 10/3309, einer Anfrage der Fraktion der Grünen, der wir auch die nebenstehende Tabelle entnommen haben, — die doch nicht einmal lückenlos — westdeutsches Bankenengagement in Südafrika auflistet.

30. 6. 1934: „Röhm-Putsch“

Die „Nacht der langen Messer“

Zum politischen und sozialen Charakter des Röhm-Putsches

Am 30. Juni 1934 begann jene Mordaktion, die die Nazis als Röhm-Putsch bezeichneten. Tatsächlich gab es keinen Putschversuch. Dem von SS und Gestapo auf Befehl Hitlers organisierten dreitägigen Mordterror fielen Tausende zum Opfer. In der Hauptsache SA-Führer und SA-Leute. Hitler benutzte die Gelegenheit aber auch, um sich andere politisch mißliebige Leute wie etwa den Reichswehrgeneral von Schleicher endgültig vom Hals zu schaffen.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung interpretiert den sogenannten Röhm-Putsch vor allem als Auseinandersetzung innerhalb der Nazis um die Führung der Nazi-Bewegung und des faschistischen Regimes. Das ist zunächst auch richtig, besagt aber noch nichts über die Interessen, die diesem Machtkampf innerhalb der Naziführung zugrundelagen.

Auch jene Interpretation von Historikern, die den Röhm-Putsch im wesentlichen als Konflikt zwischen SA und Reichswehr darstellen, beschreiben zweifellos einen wichtigen Aspekt der Ereignisse, erklären aber nicht, warum Hitler, Göring, Himmler, Heydrich usw. sich mit der durchaus nicht sonderlich geliebten Reichswehrführung gegen die „eigene“ SA stellen sollten.

Wir wollen im folgenden darlegen, warum unserer Auffassung nach der Röhm-Putsch vor allem als Fortsetzung und Vollendung des 30. Januars 1933 gesehen werden muß.

Georgi Dimitroff gab auf dem VII. Weltkongreß der Komintern die wohl prägnanteste und auch bekannteste klassenmäßige Definition des Faschismus: „Der Faschismus an der Macht (...) ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ (1)

In der faschismustheoretischen Debatte auch innerhalb der Linken ist diese Definition durchaus nicht unumstritten. Ihr werden verschiedene Auffassungen gegenübergestellt, deren Gemeinsamkeit darin besteht, daß sie eine mehr oder weniger starke Selbständigkeit des faschistischen Regimes gegenüber dem Finanzkapital behaupten.

Trat das Monopolkapital die Macht an Hitler ab?

In Westdeutschland ist die Bündnistheorie R. Kühnls besonders einflußreich geworden. R. Kühnl, dem etwa in der Widerlegung der reaktionären Totalitarismus-These große Verdienste zukommen, vertritt beispielsweise folgende Auffassung:

„Diese Möglichkeit, politisch regierende Gruppierungen abzulösen, etwa um ein sozialliberales gegen ein konservativ-autoritäres Konzept auszutauschen oder umgekehrt, ist ein Kennzeichen der parlamentarischen Demokratie — aus der Sicht der Herrschenden gesehen.

Der Faschismus jedoch zeichnet sich dadurch aus, daß er zwar einerseits die Hauptziele der herrschenden Klasse sehr viel konsequenter und rigoroser durchsetzen kann, d.h. er kann ökonomische und politische Bedingungen schaffen, die es der Bevölkerung unmöglich machen, sich gegen verstärkte Ausbeutung zur Wehr zu setzen, daß andererseits aber die Möglichkeit des politischen Machtwechsels der Regierenden nicht mehr besteht. Die herrschende Klasse bricht in dem Moment, in dem sie einer faschistischen Partei die Macht vollständig überträgt, sozusagen die Brücken hinter sich ab.“ (2)

Geht es der Bourgeoisie nach der Machtergreifung des Faschismus also wie dem berühmten Zauberlehrling Goethes, der erschrocken feststellen mußte: „... die ich rief, die Geister, werd' ich nicht mehr los“? Lieferte das Finanzkapital sich dem faschistischen Regime auf das bloße Versprechen hinaus, es würden schon für die Verwirklichung seiner Interessen günstige politische und ökonomische Bedingungen geschaffen werden?

Als Hitler Reichskanzler wurde, wurde damit keineswegs der gesamte Machtapparat der Bourgeoisie zum Instrument der Nazis. War etwa die Reichswehr von Anfang an eine Armee Hitlers oder mußte Hilter nicht vielmehr wie jede andere bürgerliche Regierung die bewaffnete Macht der Bourgeoisie respektieren? Am 30. Januar 1933 ging durchaus nicht der gesamte Staatsapparat in die Hände der Nazis über. Das Finanzkapital unterstützte Hitler mit seinem gesamten Machtapparat, es trat aber die politische Macht nicht an die Nazis ab, schon gar nicht vollständig.

Die selbständige politische Macht der Nazi-Führung hätte sich nur auf die Schlagkraft der (teilweise bürgerkriegstauglich bewaffneten) faschistischen Massenorganisationen stützen können; denn die bewaffnete staatliche Gewalt, insbesondere die Reichswehr, waren keineswegs so vollständig unter der Kontrolle der Nazi-Führung, daß Hitler sich ihrer gegen den Willen der herrschenden Klasse hätte bedienen können. Das gilt ganz zweifelsfrei zumindest für die ersten Jahre der Nazi-Diktatur. Der sogenannte Röhm-Putsch aber ist der blutige Beweis dafür, daß das Hitler-Regime keineswegs seine machtmäßige Eigenständigkeit durch die Mobilisierung der faschistischen Massenorganisationen sichern konnte, sondern sich sogar gegen seine eigene Massenbasis auf die bewaffnete Macht der Bourgeoisie stützen mußte.

v. Papen: „Die Bewegung muß einmal zu Ende kommen“

Röhm war Stabschef und damit Führer der SA. Die SA war während der sogenannten Kampfzeit der Nazis, also der Periode vor der Machtergreifung, die wesentlichste Kampf- und Terrororganisation der NSDAP. Im Gegensatz zur SS, die auch vor der Machtergreifung bereits einen ausgesprochenen Elitecharakter hatte und sich vor allem aus Angehörigen begüterter Kreise zusammensetzte, rekrutierte sich die Mitgliedschaft der SA vor allem aus den Gesellschaftsschichten, die, von der kapitalistischen Krise in bittere Not gebracht, tatsächlich hofften, die Machtergreifung der NSDAP würde auch eine soziale Revolution in Gang setzen, die die Lage des verarmten Kleinbürgertums, der Arbeiter- und Angestelltenschaft und der ihrer ökonomischen Existenzgrundlage vollständig beraubten, deklassierten Elemente grundlegend ändern würde. 1934 dürfte die SA annähernd 4,5 Millionen Mitglieder (andere Schätzungen sprechen von „nur“ 2,5 Millionen) gehabt haben, die mehrheitlich keine Mitglieder der NSDAP waren. Dieses Millionenheer gläubiger Anhänger der Nazis war vor und nach der Machtergreifung der Nazis vor allem zum Terror gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt worden. Auf Befehl ihrer Führer hatten sie die erste Phase der „nationalen Revolution“ zur „Ausrottung des Marxismus“ durchgeführt. Nach der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen mußten sie nun erkennen, daß die Kapitalisten mächtiger als je zuvor waren und daß die neuen faschistischen Bonzen sich um keinen Deut von dem Schmarotzerpack der reichen Schichten alten Schlages unterschieden. Deshalb wurde unter den SA-Leuten die Forderung nach einer „zweiten Revolution“ immer lauter, bei der es den Volksfeinden in der Wirtschaft, im Staatsapparat und Militär an den Kragen gehen sollte.

Tatsächlich blieb es nicht nur bei der Forderung. Fensterscheiben von Nazi-Bonzen und NSDAP-Büros gingen zu Bruch, die SA ging gegen monarchistische Umtriebe vor, brüskierte und provozierte die Offizierskaste, SA-Leute besetzten sogar Betriebe. Die SA-Führung versuchte, gestützt auf diese Massenstimmung der SA-Leute die Macht der SA auszudehnen und ihr eine Schlüsselstellung im faschistischen Regime zu verschaffen. Röhm erklärte in einem Zeitungsinterview am 15.8.1933: „Der stärkste Aktivposten Deutschlands nach Innen und Außen ist die SA.“ (3)

Diese Entwicklung war für die herrschende Klasse gefährlich. Hitler dachte keineswegs daran, sich an die Spitze der zur „zweiten Revolution“ bereiten SA-Leute zu stellen, sondern verkündete wiederholt, die „nationale Revolution“ sei beendet, zögerte aber lange, ernsthaft gegen die SA-Führung vorzugehen. Als die SA-Führer schließlich verlangten, daß bei der beabsichtigten Erhöhung des Mannschaftsbestandes der Reichswehr von 100000 auf 300000 Mann vor allem SA-Mannschaften und SA-Offiziere rekrutiert werden sollten, traten die tonangebenden Kreise des Finanzkapitals und die Reichswehrgeneralität unmißverständlich gegen diesen Versuch der Nazifizierung der Reichswehr auf und forderten ultimativ bis drohend, daß mit den antikapitalistischen Bestrebungen innerhalb der Nazi-Bewegung Schluß gemacht werden müsse. Es war Franz v. Papen, der in dieser Situation diese Haltung der Monopolbourgeoisie in einer für das politische Klima unerhörten Rede vor Marburger Studenten am 17. Juni 1934 zum Ausdruck brachte:

„Das Gerede von der zweiten Welle, welche die Revolution vollenden werde, will kein Ende nehmen. Wer verantwortungslos mit solchen Gedanken spielt, der soll sich nicht verhehlen, daß einer zweiten Welle vielleicht eine dritte folgen kann und daß derjenige, der mit der Guillotine droht, am ersten unter das Fallbeil gerät. (...) Mit Bezug auf die kommende Sozialisierung, von der man vielfach spricht, muß man fragen, ob Deutschland eine antimarxistische Revolution erlebt hat, um ein Programm des Marxismus durchzuführen. (...) Die Bewegung muß einmal zu Ende kommen. Einmal muß ein festes soziales Gefüge bestehen, zusammengehalten durch eine unbestrittene Staatsgewalt.“ (4)

Wenn die politische Macht, wie R. Kühnl unterstellt, vollständig an Hitler übertragen worden war, wie konnte v. Papen, der über keine eigenständige politische Machtbasis mehr verfügte, es wagen, als einer, der ja nicht zur Nazi-Führung gehörte, die Nazi-Bewegung in dieser scharfen Form anzugreifen, ihr auch noch unmißverständlich zu drohen? Dafür gibt es nur eine Erklärung: Er wußte hinter sich die ausschlaggebenden Wirtschaftskreise, die Reichswehrgeneralität und den noch amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg. Papens Rede war zweifellos im sogenannten Deutschen Herren-Klub abgesprochen. Dem Deutschen Herren-Klub gehörten an: 100 Großindustrielle und Großbankiers, 62 Großgrundbesitzer, 77 Prinzen und 38 Grafen sowie 94 ehemalige Minister. Der Klub repräsentierte also die führenden Kreise der Monopolbourgeoisie (u.a. Stinnes, Kirdorf, Thyssen, die Generalität, die Großgrundbesitzer und die Spitzen der Beamtenschaft). Insgesamt rund 300 der damals mächtigsten Familien in Deutschland.

Papens Rede aber war keineswegs mit der Nazi-Führung abgesprochen. Reichspropagandaminister Goebbels erließ ein Veröffentlichungsverbot. Er ließ sogar die „Frankfurter Zeitung“, die Papens Rede im Wortlaut gebracht hatte, beschlagnahmen. Am 22. Juni antwortete Goebbels in einer Rede, die in der Presse groß aufgemacht wurde, auf die Angriffe v. Papens:

„Im Lande macht sich ein kleiner Kreis von Kritikern auf den Weg, um im geheimnisvollen Dunkel das Aufbauwerk zu stören. Das sind lächerliche Knirpse. Das Volk hat die Zeiten, da die Herren in den Klubsesseln (wohl eine Anspielung auf den Deutschen Herren-Klub — die Verf.) regierten, noch nicht vergessen. Das Recht zur Macht haben wir uns angeeignet. Diese Kümmerlinge sagen: Ja, Hitler ist ganz gut, aber was sind schon die kleinen Parteifunktionäre, die keine Ahnung haben, die ungebildeten Menschen, denen wir uns unterordnen sollen. SA-Leute, stellt Euch dagegen, daß sich jedes hergelaufene Subjekt erlauben darf, am Aufbau unserer Bewegung herumzunörgeln! Wir werden über sie hinweggehen.“ (5)

Wenige Tage zuvor hatte dagegen Göring, der wohl innerhalb der Nazi-Führung über die engsten Verbindungen zur Thyssen/Kirdorf-Gruppe verfügte, im Preußischen Staatsrat erklärt, daß nur der Führer eine zweite Revolution befehlen könne und „wir werden jeden unterdrücken, der gegen den Willen des Führers eine solche machen will.“

Hitler trifft Krupp und Thyssen

Der Führer wollte die zweite Revolution nicht. Er hatte den Vertretern der Monopolbourgeoisie und der Reichswehrführung bereits zusichern müssen, gegen die SA-Führung vorzugehen. Am 29. Juni hielt sich Hitler in Essen auf und traf dabei zu einer vertraulichen Unterredung mit Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Führer der deutschen Wirtschaft, und auch mit Thyssen zusammen. Einen Tag später, am 30. Juni 1934, schlug Hitler gegen die SA-Führung los. Röhm und die anderen maßgeblichen Führer der SA wurden liquidiert, wobei Hitler und andere Nazi-Führer die Gelegenheit benutzten, sich auch andere Widersacher wie z.B. den General Kurt v. Schleicher vom Hals zu schaffen. Auch auf Franz v. Papen wurde ein Mordanschlag geplant, der jedoch nicht ausgeführt werden konnte, weil der Chef der Heeresleitung General Freiherr von Fritsch nach der Ermordung der Generale v. Schleicher und von Bredow für den Fall weiterer Ermordungen von Offizieren und bürgerlichen Politikern mit dem Einsatz der Reichswehr drohte.

Insgesamt dürften mehrere tausend Menschen im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhm-Putsch ermordet worden sein. Der politische und soziale Charakter des sogenannten Röhm-Putsches bestand also vor allem darin, daß Hitler auf Druck des Finanzkapitals und gestützt auf die Reichswehr gewaltsam die Dynamik der von der sozialen Zusammensetzung her vor allem kleinbürgerlichen, aber mit proletarischen Elementen durchsetzten faschistischen Massenbewegung brach. Die Drecksarbeit wurde zwar von der SS erledigt, aber die Reichswehr war von der Generalität in Bereitschaft versetzt worden, um einzugreifen, falls es zu massenhaftem Widerstand der SA gekommen wäre, was nicht der Fall war.

Die Reichswehrführung und Hindenburg übermittelten Hitler Dank und Anerkennung für die erfolgreiche Aktion gegen die SA-Führung. Als Beispiel für die Haltung der finanzkapitalistischen Kreise sei die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 5. Juli 1934 zitiert:

„Die Wirtschaft hat die nationalsozialistische Machtergreifung von ihrem besonderen Aufgabengebiet vor allem deshalb begrüßt, weil sie für ihre aufbauende Arbeit Ruhe, Ordnung und Sicherheit so nötig braucht, wie das liebe Brot. (...) Als Hindenburg seinen Frieden mit Hitler schloß, als wieder ein staatlicher Wille da war, sich unter allen Umständen durchzusetzen, da fühlte die Wirtschaft zum ersten Mal seit langer Zeit festen Grund unter den Füßen. Das wäre wieder in Frage gestellt, wenn es wieder an Stelle der früheren Parteien ehrgeizigen Gruppen und Cliquen gestattet sein dürfte, ihrerseits den Kampf um die Macht zu entfesseln. Vor dieser Gefahr ist die Wirtschaft durch das schnelle Zupacken am 30. Juni gerettet worden.“ (6)

Das gewaltsame Vorgehen gegen die SA-Führung mit dem Ergebnis der weitgehenden politischen Degradierung der SA zeigt, daß die Macht Hitlers keineswegs vorrangig auf die Mobilisierung der faschistischen Massenorganisationen gründete, sondern sich auf die bewaffnete Macht der Borurgeoisie

Fortsetzung auf Seite 10

Frau und Familie im Sozialismus

Ein Bericht über das Frauenseminar der KPD 1./2. Juni 1985

23 Genossinnen sind zu der Konferenz gekommen, darunter auch zwei Genossinnen von der GIM und ich glaube, es ist nicht übertrieben, daß wir alle begeistert nach Hause gefahren sind. Diese Konferenz hat zu einem größeren Zusammenschluß der Frauen beigetragen und uns der Bestimmung unseres Standortes in der Partei ein Stück vorwärts gebracht.

Das Thema „Frau und Familie im Sozialismus" war schon im Januar — unabhängig von der Programmdiskussion — festgelegt worden, aus dem Bedürfnis heraus, das Bild einer zukünftigen Gesellschaft zu entwickeln, für die zu kämpfen sich auch für uns Frauen lohnt, in der die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung sich nicht — wie üblich — auf die Befreiung der Männer reduziert. Hinzu kam jetzt, daß sich die Frauenkonferenz überlegen sollte, wie dem allgemein anerkannten Mangel bezüglich der Frauen im neuen Programmentwurf abzuhelfen sei.

Familie = Gemeinschaft der häuslichen Sklaven

Die Diskussion ging aus von der radikalen Kritik der Familie, die Marx und Engels ansatzweise geleistet haben und die sich weder in der Programmatik noch — erst recht — in der Praxis der Organisationen der Arbeiterbewegung wiederfinden läßt. Wir stellen fest, daß diese Schriften von Marx und Engels, so weit sie überhaupt eine Rolle gespielt haben, eine sehr verkürzte Interpretation durch die (männlichen) Führer der Gewerkschaften und der revolutionären Parteien gefunden haben. Wenn Engels im „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" schreibt: Er (der Mann) ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat, dann hat offensichtlich auch der Proletarier mehr zu verlieren als seine Ketten — nämlich seine Machtstellung in der Familie, die ihm als Ernährer und Oberhaupt über Frau und Kinder „natürlich" zuwächst.

Die Antwort, die die kommunistischen und Arbeiterparteien dazu zu geben hatten und die unsere Partei gibt, reduziert das Problem auf die Verminderung der ökonomischen Abhängigkeit der Frauen durch eigene Berufstätigkeit. Daß aber die patriarchalischen Strukturen, daß die Unterdrückung der Frauen nicht dadurch aufgehoben werden, daß die Frauen zusätzlich zu der weiterhin „privaten" Reproduktionsarbeit in der Familie noch „arbeiten gehen" bedarf wohl keines weiteren Beweises. „Die moderne Einzelfamilie" schreibt Engels „ist gegründet auf die offene oder verhüllte Haussklaverei der Frau und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt". Dessen ungeachtet haben auch die Kommunisten die Familie als Institution, in der sich die gesellschaftliche Reproduktion vollzieht, nicht in Frage gestellt und die dazu notwendige Arbeit weitgehend zur Privatsache erklärt. Daraus ergibt sich, daß auch bei den Kommunisten die „Emanzipation" sich auf die rechtliche und ökonomische Gleichstellung der Frau beschränkt und die tagtäglich faktische Unterdrückung der Frauen als Geschlecht zur Privatsache jeder einzelnen gemacht wird.

Insofern tritt die revolutionäre Partei uns Frauen gegenüber wie jede andere Institution der Gesellschaft auf. Als männliche Organisation, als Organisation, in der Frauen nur einen Platz haben, wenn sie entweder bereit sind sich den männlichen Wertvorstellungen zu unterwerfen und sich in einer entnervenden ständigen Konkurrenz zu den Genossen behaupten oder, wenn sie in weiblicher Selbstbeschränkung ihren kämpfenden Männern selbstlose Hilfestellung leisten. Wir werden uns nicht damit zufrieden geben, daß wir unsere Forderungen zugunsten der „allgemeinen" zurückstellen müssen und wir lassen uns auch nicht auf den Kommunismus vertrösten. Allerdings haben wir nicht mehr die Illusion, daß sich diese Zustände durch eine schnelle „Einsicht" der Genossen ändern werden. Alle Erfahrungen sprechen dagegen: Angefangen von der Ignoranz und Arroganz, der wir in den letzten Jahren ausgesetzt waren (auch in unserer Partei hat die Bezeichnung Feministin oder Emanze eindeutig negativen Charakter), bis zu den Schlägen, die unsere italienischen Genossinnen von „ihren" Genossen bezogen haben, als sie für die Abtreibung demonstrierten. Augenscheinlich gibt es eine irrationale Feindschaft dagegen, daß Frauen ihre Unterdrückung durch die Männer thematisieren und auf dieser Grundlage organisiert für bestimmte Forderungen kämpfen. Sicher gibt es keine Befreiung der Frau im Kapitalismus. Aber genauso sicher gibt es viele Vorstellungen von Sozialismus, in denen die Befreiung der Frau **keine** Rolle spielt. Das Patriarchat ist älter als der Kapitalismus und es wird nicht „von selbst" mit dem Kapitalismus stürzen.



Hausfrauenlohn oder mehr Kindertagesstätten?

Bei unserer Diskussion um die Rolle der Frau in der Familie kamen wir auch auf die Frage, wie wir uns gegenüber der Forderung nach Hausfrauenlohn verhalten. Um es vorweg zu nehmen — spontan waren wir dagegen. Aber davon abgesehen, daß bei einer Forderung, die seit Jahren in Teilen der Frauenbewegung diskutiert wird, eine spontane Reaktion nicht ausreicht, haben wir keine Alternative gesehen, die dem Problem wirklich gerecht wird. Die Forderung geht davon aus, daß Hausarbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, die deshalb auch von der Gesellschaft geregelt (Länge des Arbeitstages, Urlaubsanspruch usw.) und bezahlt werden muß. Die Forderung nach mehr Kindertagesstätten z. B. schien uns, jedenfalls in dem Sinn, wie wir sie bisher vertreten haben, keine Alternative zu sein, weil sie die Frauen wieder nur auf die Berufstätigkeit orientiert und die Frage der Reproduktion und deren gesellschaftliche Stellung unberührt läßt. Erstens ist es im Kapitalismus nur für eine beschränkte Zahl von Frauen überhaupt möglich, berufstätig zu sein und zweitens ist es einigermaßen absurd, wenn wir für die Frauen immer nur die Perspektive sehen doppelt so viel zu arbeiten wie bisher. Morgens in aller Frühe aufstehen, Frühstück für die Familie machen, die Kinder in die Tagesstätte bringen, zur Arbeit hetzen, nachmittags das Gleiche zurück: Kinder abholen, einkaufen, Wohnung sauber machen, Abendessen kochen, zwischendurch noch schimpfen, trösten, Rat geben, zur Verfügung stehen — ehrlich, kein Mensch würde darauf kommen, daß das etwas mit mehr Freiheit zu tun hat. Die Forderung der Frauen, daß ihre Arbeit in der Familie erstens als Arbeit und zweitens als notwendige Arbeit anerkannt wird, halten wir für berechtigt. Die Antwort der Kommunisten darauf kann nicht ernsthaft sein: Geht arbeiten, wenn ihr anerkannt sein wollt. Darauf läßt sich ganz sicher keine Frauenpolitik aufbauen. Hausfrauenlohn ja, nein oder was sonst — auf diese Frage müssen wir eine Antwort finden, wenn wir nicht dieses ganze Problem der reaktionären Propaganda überlassen wollen.

Vergesellschaftung der Hausarbeit, Vergesellschaftung der Kindererziehung — was heißt das eigentlich?

Wenn wir feststellen, daß durch die Familie die Unterdrückung der Frau ständig neu produziert wird, ergibt sich daraus logisch, daß die Familie abgeschafft werden muß. Nicht durch Dekret, versteht sich. Keinesfalls wollen wir einen Staat, der die Formen des Zusammenlebens vorschreibt! Aber die wesentlichen Funktionen, die die Familie im Kapitalismus erfüllt, müssen auf andere Art und Weise gewährleistet werden. Abschaffung der Familie soll ja nicht heißen, daß im Sozialismus jeder vereinsamt sein Leben zwischen Schlafhäusern und Großküchen fristet und der Staat auch noch in alle die Bereiche hineinregiert, die jetzt das „Privatleben" ausmachen. Was die Hausarbeit angeht, hatten wir da eine ganze Menge verschiedener Ideen, wie eine solche Vergesellschaftung aussehen könnte. Aber das wesentliche Problem — das ergab sich schnell in der Diskussion — sind die Kinder. Denn einerseits ist nicht zu sehen, wie sich die Stellung der Frau ändern soll, wenn die Kinder weiter in der Familie aufwachsen und jede Mutter verantwortlich ist für die Entwicklung ihrer Kinder. Andererseits haben die meisten Frauen, auch wir, eine Aversion dagegen, die Kinder statt der Unterdrückung durch die Eltern der Unterdrückung durch anonyme gesellschaftliche Institutionen auszuliefern. Wir meinten deshalb, daß Vergesellschaftung der Kindererziehung nur dann vorstellbar ist, wenn den Kindern ein eigenes Recht eingeräumt wird, wenn den Kindern Selbstbestimmung eingeräumt wird, wenn Kindern (z. B. durch die Einrichtung von Kinderhäusern) das Recht und die Möglichkeit haben, sich von ihren Eltern zu trennen, wenn sie es möchten. Der Versuch, die Erziehung ihres Zwangscharakters zu entkleiden, dem Neuen in der neuen Generation Raum zu geben, statt sie rigide an die Normen und Lebensweisen der alten anzupassen, ist auch nicht gerade eine Tradition der Arbeiterbewegung. Jedenfalls enthält die Art und Weise, wie die Kinder- und Jugendorganisationen in der Arbeiterbewegung konzipiert sind wenig Elemente einer solchen Auffassung.

Und was heißt das nun alles für das Programm?

Zur Beruhigung: wir meinen nicht, daß das alles ins Programm soll. Das ist eine erste Zusammenfassung einer Diskussion über unsere Vorstellungen und sicher nicht durchdacht genug, um in dieser Form im Programm niedergeschrieben zu werden — ganz abgesehen davon, daß wir der Überzeugung sind, zum jetzigen Zeitpunkt keine Mehrheit für diese Ansichten in unserer Partei zu finden.

Wenn aber die Haltung unserer Partei so bleibt, wie bisher und im mitt steht sie ja im schlechten Sinne in der Tradition der Arbeiterparteien, sich ausschließlich mit der ökonomischen und politischen Freiheit der Frauen zu beschäftigen und auch nur Forderungen der Frauen mit diesem Charakter zu unterstützen — und dabei befinden wir uns auf einer Ebene mit der gewerkschaftlichen Frauenpolitik — die Unterdrückung der Frau durch den Mann, die Unterdrückung durch ihr der Reproduk-

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 9

stützte. Die Bourgeoisie hatte eben nicht, wie R. Kühnl meint, sich dem faschistischen Regime ausgeliefert, die politische Macht vollständig an die Nazi-Führung übertragen und mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler alle Brücken hinter sich abgebrochen, sondern verfügte sehr wohl über die Macht- und Gewaltmittel, um sicherzustellen, daß auch die Hitler-Regierung ihren Vorstellungen entsprechend handelte.

Schließlich war es auch nicht so, daß die führenden finanzkapitalistischen Kreise nicht in der Lage gewesen wären, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Vielmehr war es so, daß die Ausschaltung der SA-Führung und die Reduzierung der SA-Mannschaften sowie die weitgehende politische Entmachtung der SA Hitler als Bedingung gestellt war, um die Unterstützung der führenden Wirtschaftskreise und er Militärs für seine ERnennung zum Reichspräsidenten (Hindenburgs Tod war absehbar) zu erhalten. Ohne diese „Nacht der langen Messer" wäre wohl kaum Hitler, sondern ein Vertrauensmann der Reichswehr Reichspräsident geworden. Daß Hitler schließlich nach dem Tode Hindenburgs das Amt des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in seiner Person vereinigen konnte, obwohl es gegen diese Machtfülle auch Widerstand innerhalb der Reichswehrführung gab, war wiederum vor allem deshalb möglich, weil maßgebliche Wirtschaftskreise wie die Thyssen/Kirdorf-Gruppe und Krupp als „Führer der deutschen Wirtschaft" darauf bestanden. Tatsächlich war das deutsche Monopolkapital nach dem 30. Juni 1934, als nicht nur die Arbeiterorganisationen zerschlagen waren, sondern auch die kleinbürgerlich-antikapitalistischen Bestrebungen innerhalb der Nazi-Bewegung niedergeworfen waren, mächtiger denn je. Das hatten diese Drahtzieher der faschistischen Diktatur aber nicht dadurch erreicht, daß sie ihr Geschick vertrauensselig in die Hände der faschistischen Partei legten, sondern dadurch, daß sie ihre Macht einsetzten, um Hitler auf Kurs zu bringen.

Anmerkungen

1. Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, S. 322
2. zitiert nach: Abendroth u. a., Wie der Faschismus entsteht und wie er verhindert wird, S. 31
3. zitiert nach: Albert Schreiner, Hitler treibt zum Krieg, S. 233
4. zitiert nach: Otto Winzer, 12 Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, S. 64f
5. zitiert nach: Paul Merker, Von Weimar zu Hitler, S. 370f
6. Deutsche Bergwerks-Zeitung, 5. Juli 1934

Abschaffung des § 218 gefordert

Am 8./9. Juni 1985 fand in Aachen die DGB-Landesfrauenkonferenz, Landesbezirk NRW statt. Der Landesfrauenkonferenz lagen 78 Anträge zu den verschiedensten Bereichen vor.

Unter anderem forderten die DGB-Frauen:

- Zurücknahme des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“
- Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit anstelle von Ausweitung der Teilzeitarbeit und „Flexibilisierung der Arbeitszeit“; Absicherung aller betrieblichen und tariflichen Leistungen auch für Teilzeitbeschäftigte; generelle Einbeziehung in die Sozialversicherung;
- aktive Unterstützung von kommunalen Gleichstellungsstellen für Frauen;
- Quotierung für Frauen bei der Stellenvergabe im Ausbildungs- und Arbeitsbereich, wobei öffentlicher Dienst und Gewerkschaften hierbei eine Vorreiterfunktion haben sollen;
- frauenspezifische Forderungen bei den Aktionswochen des DGB vom 14. bis 20.10. gegen Sozialabbau in den Mittelpunkt zu stellen;
- gemeinsame Aktionen der Gewerkschaftsfrauen und anderer Frauengruppen vor Ort und bundesweit (u.a. auch „Aktion Muttertag“);
- verstärkte Solidarität mit Nicaragua.

Weitere Anträge beschäftigten sich mit der Einführung neuer Technologien (Ablehnung von elektronischer Heimarbeit und BTX — Bildschirmtext —). Mit dieser Thematik beschäftigte sich auch ein Referat von Angelika Bahl-Benker von der IG Metall „Neue Technologie und Frauenarbeitsplätze“. Sie wies nach, daß angesichts der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung besonders Frauenarbeitsplätze bedroht sind. Dagegen sei neben Einwirken auf innerbetriebliche Technologieeinführung eine gesamtgesellschaftliche „Technologiepolitik von unten“ nötig, z.B. Widerstand gegen Kabelpilotprojekte und Bildschirmtext. Man sollte nicht resignieren, sondern sich durch erfolgreichen Widerstand wie bei der Volkszählung Mut machen. Für die Gewerkschaften sei es dabei nötig, Berührungsängste zu überwinden und gemeinsam zu handeln — Parteien z.B. SPD und GRÜNE), Gruppen (z.B. Bürgerinitiativen, Volkszählungsboykottinis) und Kirchen.

Neben diesen Anträgen, die zumeist einstimmig oder nur bei wenigen Gegenstimmen oder Enthaltungen angenommen wurden, lieferte der Antrag der ÖTV-Frauen Bezirk NRW II besonderen Zündstoff, in dem an erster Stelle die Aufhebung des Abtreibungsverbotes gefordert wird. Die Antragsprüfungskommission hatte Annahme bei Streichung eben dieses ersten Punktes (Antrag siehe nebenstehender Abdruck) gefordert. Mehrere Rednerinnen sprachen sich für Annahme des Antrages in der Originalfassung aus. Daraufhin meldete sich der neue DGB-Landesvorsitzende von NRW Mahlberg zu Wort und gab einen glänzenden Einstand bei den Frauen: Er werde einen solchen Antrag auf keinen Fall vertreten, weder im DGB-Landesvorstand noch in der Öffentlichkeit. Außerdem sollten die Frauen die Öffentlichkeitswirkung eines solchen Beschlusses beachten. Die darauffolgenden Rednerinnen dankten Mahlberg für seine Offenheit: Solidarität mit den Frauen wäre wohl angebrachter als solch eine undemokratische Haltung, und bei der Kampagne für die 35-Stunden-Woche hätten die Gewerkschafter vor der Öffentlichkeit auch keine Angst gehabt. Der Antrag wurde schließlich, wie von den Antragstellerinnen formuliert, mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Die ganze Konferenz lief in schwesterlicher solidarischer Stimmung ab, die sich angesichts solcher „Entgleisungen“ bzw. offener Worte von DGB-Offiziellen, woraus klar wurde, was sie von den Forderungen der Frauen halten, noch verstärkte. Und die Schürzen (!), die die „Volksfürsorge“ zu Beginn der Konferenz den Frauen überreicht hatte, wurden unter großem Hallo eingesammelt und dem stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Haas, der dieses Geschenk ausgewählt hatte, auf den Tisch gelegt.

Begeisterung löste bei den Teilnehmerinnen die Frauentheatergruppe „Die Schnepfen“ aus Recklinghausen aus, die ein richtiges Frauenprogramm — wo so alles drin war — aufführten.



Demonstration gegen den § 218 im Februar 1983 in Karlsruhe

ÖTV-Bezirksfrauenausschuß NW II
Antrag an die DGB-Landesbezirksfrauenkonferenz

Die Delegierten fordern:

1. Aufhebung des Abtreibungsverbotes
2. Die Einrichtung von weiteren öffentlichen Familienberatungsstellen im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin-West sowie stärkere finanzielle Förderung durch öffentliche Mittel
3. Die Sicherstellung der Krankenhausbetten
4. Einrichtungen auch für ambulante Abbruchmöglichkeiten in Krankenhäusern
5. Keine Erfassung der Betroffenen
6. Keine Zwangsberatung
7. Keine medizinischen Tests an Frauen bei der Schwangerschaftsabbrechung (entsprechend der WHO-Richtlinien)
8. Umfassende Aufklärung über Empfängnisregelung/Empfängnisverhütung, beginnend bei Jungen und Mädchen in der Schule, ferner über Medien etc.; Einrichtungen bzw. Ausbau der entsprechenden Beratungsstellen
9. Ausgabe von kostenlosen und schonenden Verhütungsmitteln für Männer und Frauen auf Krankenschein
10. Schwangerschaftsabbrechungen sollen weiterhin Leistung der Krankenkassen (RVO) bleiben, **unabhängig** von der Indikation
11. Keine Streichungen der sozialmedizinischen Dienste

Die Kriminalisierung legaler Schwangerschaftsabbrüche wird verurteilt. Alle gewerkschaftlichen Gremien werden aufgefordert, sich für diese Ziele einzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, die Diskussion um die§§ 218/219 StGB wieder zu beleben.

Begründung:

Die neuen§§ 218/219 sprechen den Frauen bzw. den Familien noch immer das Recht ab, selbst darüber zu entscheiden, ob und wann sie ein Kind haben wollen oder nicht. Der Schwangerschaftsabbruch bleibt weiterhin grundsätzlich strafbar und ist nur in Ausnahmefällen bei Vorliegen einer bestimmten Indikation erlaubt.

Trotzdem brechen in jedem Jahr Tausende von Frauen eine Schwangerschaft ab, weil ihnen die sozialen Verhältnisse keine andere Wahl lassen. Um zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch zu bekommen, müssen sie einen mühsam instanzenreichen Weg durchstehen. Schwangerschaft feststellen lassen, Indikation bescheinigen lassen, medizinische Beratung, soziale Betreuung, Krankenhauseinweisung besorgen, Kostenübernahme bescheinigen lassen, Krankenhausbett suchen.

Nur selten sind die ersten Schritte bei **einer** Stelle zu erledigen. Eine besondere Belastung bedeutet die (außer bei der medizinischen Indikation) vorgeschriebene **soziale** Beratung, die letztlich die Frau dazu bringen soll, die Schwangerschaft auszutragen. Damit wird die Frau zusätzlich in einen Gewissenskonflikt gebracht.

Anmerkung: Ein gleichlautender Antrag ist bereits auf dem letzten Gewerkschaftstag der ÖTV im Herbst 1984 verabschiedet worden, s. dazu RM v. 22.2.'85.

Fortsetzung von Seite 10

tionsprozeß festgeschriebenen Aufgaben, das Aufgreifen daraus entstehender Forderungen aber auf den Sozialismus oder lieber noch den Kommunismus verschieben, dann werden wir gerade einen großen Teil bewußter Frauen — ja auch bewußter proletarischer Frauen (auch unter denen gibt es Feministinnen) von unserem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ohne Unterdrückung der Mehrheit und wir stellen über 50 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, die Kapitalistenschicksen natürlich ausgenommen, ausschließen.

Ein Programm, was also nicht zur Kenntnis nimmt — und das tut der bisherige Programmentwurf — daß sich durch die doppelte Unterdrückung der Frauen durch Kapitalist und Mann in der Familie eigene Forderungen, eigene Kämpfe, eigenständige Organisierung ergeben muß, schließt die Hälfte aus, ist nur ein halbes Programm.

Also muß ein Programm der Kommunisten die Befreiung der Frau von der Unterdrückung durch den Kapitalisten aber auch durch den Mann miteinschließen. Es muß die Frauen ermuntern, nicht nur die Ketten des Proletariats sondern auch die Ketten des Patriarchats abzuschütteln, weil **wir** erst dann die Freiheit finden werden und weil nur wenn diese beiden Fesseln abgeschüttelt sind, die Gesellschaft wirklich eine neue werden kann. Daraus ergibt sich weiter, daß die Arbeit der Frauen, wenn sie für ihre ureigenen Forderungen eintreten (wir meinen die Arbeit z.B. in Frauengruppen, Hausfrauenkreisen etc.) genauso hoch bewertet werden muß wie die eines jeden anderen Genossen.

Wir erwarten also — evtl. im Vorwort — eine Feststellung der doppelten Unterdrückung der Frau, eine Aufforderung an alle Frauen gegen beide Unterdrückungen zu kämpfen, eine Absage an die Politik der kommunistischen Parteien, die sich bisher nur mit der einen Seite der Unterdrückung der Frauen auseinandergesetzt haben. Wir wollen keine aufgesetzten Forderungen, die so tun, als ob wir die Frauenfrage politisch in unserer Partei gelöst haben, denn dazu reicht es nicht sich einmal schnell ein paar Frauenforderungen der Gewerkschaften oder anderer Parteien anzusehen.

Wir erwarten weiter — und wir werden dafür kämpfen — daß sich unsere Partei ernsthafter als bisher mit der Befreiung der Frau auseinandersetzt und daß in unserer Partei Konsequenzen gezogen werden, die eine Einbeziehung der Frauen entsprechend ihrem Anteil in der Partei in Entscheidungsgremien der Partei gewährleisten. **Man** wird sich damit abfinden müssen, daß die Impulse die Frauen der Politik der Partei geben können, mitunter andere sein werden. In einer sozialen Umgebung wie der unseren ist das Wort das wesentliche Instrument der Selbstdurchsetzung, es ist zum Mittel geworden, die Frauen auszuschließen. So wie die Proletarier verfügen auch wir nicht über die Sprache, vor allem deshalb nicht, weil wir unsständig an einer männlichen nur von Männern erarbeiteten Sprache messen müssen. Immer einen Schritt zurück.

Bildung von Arbeitsgruppen

Die Frauenkonferenz hat weiterhin festgestellt, daß es für uns Frauen unbedingt notwendig ist, verschiedenen Bereichen aus der Sicht der Frauen auf den Grund zu gehen. Folgende Themenkreise wurden festgelegt:

1. Kindererziehung — Rolle der Kinder
2. Geschichtliche Entwicklung des Patriarchats
3. Wie haben sich die Arbeiterparteien zu den Frauen verhalten (Veröffentlichungen Komintern etc.)
4. Geschichte der neuen Frauenbewegung in der BRD nach '68
5. Zusammenhang zwischen Unterdrückung und Sexualität
6. Lohn für Hausarbeit / CDU-Frauenprogramm
7. Politische Ökonomie und Frauen
8. Hexenverfolgung / Entwicklung

Es haben sich fünf Genossinnen bereit erklärt, entsprechende Arbeitsgruppen in ihrem Gebiet zu betreuen. Die Kreise wählen sich das Thema, an dem sie arbeiten möchten, selbst. Es gibt sie in Bremen, Darmstadt, Kiel, Ruhr, Stuttgart. Interessierte Genossinnen können sich an die Frauenabteilung wenden.

Das nächste Frauenseminar wird auf Wunsch der Konferenz im Januar 1986 zu dem Thema „Sexualität und Unterdrückung“ stattfinden. Der genaue Termin wird dann wieder über den RM bekanntgegeben.

3 **Genossinnen, beauftragt durch die auf dem Seminar anwesenden Frauen.**

Literaturquellen:
Engels, Ursprung der Familie...
Marx, Engels, Lenin, Über die Frau und die Familie
Politik der Subjektivität, Texte der italienischen Frauenbewegung — edition suhrkamp

Dieser Artikel wurde von einer Kollegin des Hamburger Solidaritätskomitees „Gewerkschafter unterstützen britische Bergarbeiter" für die Ende Juni erscheinende Ausgabe der „Hamburger Frauenzeitung" geschrieben. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß der Artikel auch an andere Zeitungen weitergegeben wird.

Nach diesem Streik wird nichts mehr so sein, wie es war
Wir werden nie mehr so sein wie früher
Ich werde nie wieder in das Hausfrauendasein von früher zurückkehren, zu Hause sitzen und nur für meine Kinder und meinen Mann dasein

... diese Aussagen stehen stellvertretend für alle am Streik beteiligten Bergarbeiterfrauen. (1)

Was war geschehen, daß die Beteiligung und das Eingreifen der Frauen in diesen Streik eine neue Qualität bekommen und sich das Verhalten und Selbstverständnis der Frauen grundlegend verändert haben?

In der Erinnerung von Kay Sutcliffe, einer Bergarbeiterfrau aus Kent, klingt bereits der Unterschied zu früher an: „Auch damals, beim Bergarbeiterstreik von 1974 hatten wir Frauen Suppenküchen eingerichtet, was traditionell üblich ist. Aber mehr wußten wir damals nicht anzufangen. Die Frauenkomitees waren sehr klein, nur einige wenige junge Frauen mit kleinen Kindern, die selbst nicht arbeiten gingen. Heute geht es um die gesamte Existenz. Und wir sind älter, viele von uns haben jetzt selbst einen Arbeitsplatz."

Die Diskussion über das mögliche Vorgehen gegen die vielerorts drohenden Zechenschließungen war bis zum März 1984 vor allem Sache der Männer, die sich in ihren Gewerkschaftsorganisationen mit dieser Frage beschäftigten und die möglichen Aktionen in „ihrem" Arbeitsbereich diskutierten. Bis zum Streikbeginn im März 1984 bestand die Erfahrung der Bergarbeiter**frauen** darin, daß es weder Raum noch Zeit für sie in der Bergarbeiterpolitik gibt. Das Wochenende speziell der Sonntag, spiegelte diese Erfahrungen und zugleich das vorherrschende Rollenverständnis wider:

Die Männer sind auf ihrem Treffen, dann gehen sie ins Bergarbeiterhaus auf ein Bier, während die Frauen das Essen kochen. Und wenn die Männer in der Labour Party sind, schlafen sie nach Aussagen der Frauen am Nachmittag und gehen dann noch einmal zu ihrem Sonntag-Abend-Treffen weg. Jane, eine alleinstehende Mutter aus Ollerton arbeitet in der Kantine der Kohlengrube und ist Mitglied der NUM (der Bergarbeitergewerkschaft). Sie geht nie zu den Gewerkschaftstreffen — immer am Sonntagmorgen — weil die Wochenenden eben auch keine Zeit zum Entspannen sind, sie sind Arbeitszeit, in der sie die wöchentliche Hausarbeit macht und ihre Zeit mit den Kindern verbringt. „Und überhaupt, ich glaube nicht, daß es für mich auf den Treffen irgendetwas zu tun gäbe", meint sie. „Ich frage die Funktionäre, was mit unserer Forderung nach gleicher Bezahlung wird, aber sie scheinen es nie zu wissen."

Kurz: Das „normale" Leben der übergroßen Mehrheit der Bergarbeiterfrauen bestand aus Ausschluß von „Bergarbeiterpolitik" und Politik überhaupt. „Früher", meinte Barbara J., Bergarbeiterfrau aus Leicestershire „habe ich nie politische Artikel in der Zeitung gelesen und wußte nichts mit Politik anzufangen. Heute sind wir hier alle für Politik sehr aufgeschlossen, haben gelernt, politisch zu handeln."

Die Momente und Erfahrungen, die zur Entwicklung einer **eigenen** Bewegung von Arbeiterfrauen mit selbstbestimmten organisatorischen Strukturen und Entscheidungen über ihre Aktivitäten, zum Erkennen der eigenen Kraft und Stärke führten, sind vielschichtig.

Die neue Qualität dieser Mut machenden Arbeiterfrauen-Bewegung besteht darin, daß bisher „normale" unpolitische, in keine „Bewegung" einbezogene Hausfrauen und Mütter ihre direkte **Betroffenheit** von politischen Entscheidungen umsetzen in selbständiges Handeln und Sich-Wehren. Vergleichbare Erfahrungen in der BRD gibt es erst in Ansätzen — die Kämpfe der HDW- und MAN-Frauen — nicht aber als nationale, eigene Bewegung.



Von Steikbeginn an weigerten sich die meisten Frauen, die ihnen von den Medien zugedachte Rolle zu spielen: sei es die des „Opfers" des „unverantwortlichen Streiks der NUM" oder — wie in Nottingham — die als Anti-Streik-Kolonne. Der Versuch der Medien, die Frauen als Streikbrecherinnen zu mobilisieren, wurde von diesen massiv beantwortet. Gerade in Nottingham, wo nur die Minderheit der Bergarbeiter streikte, zogen sie mit auf Streikposten. Frauen aus Kent demonstrierten Ende März '84 in Leicester, wo ebenfalls die Streikfront prekär war. In kurzer Zeit entstanden in allen Kohlegebieten Frauengruppen.

Angesichts der Politik der Thatcher-Regierung, deren erklärtes Ziel es war, die Bergarbeiter mit **allen** Mitteln — einschließlich des Aushungerns — zu zwingen, den Zechenschließungen und damit der Ausweitung der Arbeitslosigkeit, der Zerstörung zahlreicher Gemeinden zuzustimmen, waren die selbständig und kollektiv von den Frauen organisierten Suppenküchen und Kantinen mehr als nur Unterstützungseinrichtungen. Die Bedeutung dieser Suppenküchen, die zugleich Lebensmittel- und Kleidungs-Verteilungsstellen waren, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die NUM **kein** Streikgeld bezahlte und laut Sozialhilfegesetzgebung nur die Frauen und Kinder der Bergleute Anspruch auf Sozialhilfe haben, ein Anspruch, der im Laufe des Streiks weiter gekürzt wurde. Die Frau erhielt 21,45 Pfund wöchentlich, für Kinder bis zu 10 Jahren gab es 9,45 Pfund pro Woche, doch der Staat zog für jedes Kind sofort wieder 6,5 Pfund ab und behielt außerdem 15 Pfund angebliches Streikgeld der NUM ein. Eine vierköpfige Familie mußte sich mit 12,35 Pfund (knapp 50,— DM) pro Woche durchschlagen, ein Ding der Unmöglichkeit, auch wenn das Sozialamt für die Miete aufkam oder die Mietschulden gestundet wurden.

Sie beinhalteten die Auseinandersetzung mit einer Politik, die Verelendung und Massenarbeitslosigkeit, Zerschlagung der Gewerkschaft, Durchsetzung von Atomenergie, Polizeiterror u.v.a.m. bedeutete. „Wir sind nicht mehr bereit," erklärte Kate W. aus Derbyshire, „hier still vor uns hinzuleiden, während sie die Dorfgemeinschaften kaputtmachen, unsere Männer ins Gefängnis werfen und unsere Kinder auszuhungern versuchen."

Welche Folgen die Zechenschließungen für die Bergarbeitergemeinden haben, schilderte Carol, Bergarbeiterfrau aus Upton in der Nähe von Leeds: „Als vor 20 Jahren unsere Zeche zugemacht hat, wurde das Kino geschlossen und der Jugendclub, die Tanzabende haben aufgehört, und viele Geschäfte und Kneipen sind Pleite gegangen. Upton ist zu einer Geisterstadt geworden. Die Männer arbeiten auf 13 Zechen im Umkreis verteilt, daran geht unweigerlich auch die Gemeinschaft im Dorf kaputt. Wir kämpfen nicht nur, um die Zechenschließungen zu verhindern, sondern auch darum, daß Dorfgemeinschaften erhalten bleiben und die Lebensbedingungen besser werden. Die Kinder haben in Upton keine Freizeitmöglichkeiten, wir haben dadurch große Probleme mit Vandalismus. Nach dem Streik wollen wir in unserer Frauengruppe zusammenbleiben, um vor allem für die Kinder ein Freizeitzentrum zu schaffen."

sammeln, das Überleben zu organisieren und zu sichern, bedeutete, die Bedingungen zu schaffen, damit dieser Streik überhaupt so lange durchgehalten werden konnte, und führte gleichzeitig zum Aufbrechen des traditionellen Selbstverständnisses der Bergarbeiterfrauen, zu ihrer Politisierung und Radikalisierung.

„Wenn mir früher jemand gesagt hätte, daß ich vor großen Versammlungen, auch im Ausland, sprechen, selbständig organisieren oder Streikposten stehen würde,

Fortsetzung auf Seite 12

1. Nur am Rande kann hier auf die Frauengruppen eingegangen werden, die nach dem Muster der Bewegung um das Frauen-Friedenslager in Greenham Common an Orten außerhalb der Bergbaugebiete Unterstützungsgruppen („Women against Pit Closures") organisierten, die Propaganda für den Streik machten, Geld und Lebensmittel für den Streik sammelten usw.

Spendenaufruf „Miners"

Die KJD will auf ihr diesjähriges Sommerzeltlager in Holland zehn bis fünfzehn junge Bergarbeiter aus England einladen. Dafür brauche wir Kohle (nicht die schwarze ...) Wir betrachten das mit als einen Beitrag, die Solidarität gerade nach Beendigung des Streiks weiterzuführen!

„Kohle" für die Miners

Spenden bitte auf folgendes Konto: Stadtsparkasse Dortmund C. Stockmar, Verw.zweck: „Miners" Kto.-Nr.: 322055773 (BLZ 44050199)

Eingegangen sind im Mai folgende Spenden:

K.K., Köln	250,— DM
Stadtteilzelle KPD-Duisburg	400,— DM
P.H., Hamm	200,— DM
Skatrunde Wilhelmshaven	70,— DM
H.L.W., Köln	15,— DM
Spendenstand 31. Mai 1985	1525,— DM
D.D., Düren	10,— DM
R.L., Düsseldorf	10,— DM
C.St., Dortmund	30,— DM
K.-L.J., Kiel	30,— DM
Spendenstand 20.06.1985	1605,— DM

Heißen Dank an die Spender!

Fortsetzung von Seite 12

hätte ich es nicht geglaubt“, erklärten alle aktiven Bergarbeiterfrauen. Für viele Männer bedeuteten die Aktivitäten ihrer Frauen, daß sie die Versorgung der Kleinkinder im Haus zu übernehmen hatten, eine Aufgabe, die in den Bergarbeitergemeinden früher so gut wie nie den Männern zugewiesen worden war.

Streikpostenstehen war vielleicht die umstrittenste Sache zwischen Männern und Frauen. Überall begannen sie, an den Streikposten teilzunehmen. Das traf bei nicht wenigen Bergarbeitern den Nerv ihrer „Männlichkeit“. Hinter ihrer Sorge, die Frauen vor Verletzungen und Anmache der brutalen Polizei zu bewahren, verbarg sich nicht nur anerzogene Ritterlichkeit, sondern auch die Angst, männliche Domänen aufzugeben. Die Frauen setzten sich darüber hinweg. Inzwischen werden sie akzeptiert. Doch das ist nur zum Teil einem grundlegenden Gesinnungswandel zuzuschreiben. Zum anderen Teil wirkte einfach der Zwang in diese Richtung, der Zwang der Frauen, aber auch der Verhältnisse. Streikposten, die festgenommen wurden, bekamen häufig von der Polizei die Auflage, sich nicht mehr in der Nähe der Gruben sehen zu lassen. Wo das der Fall war, fand eine Umkehrung der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen statt: die Frauen waren auf den Streikposten und die Männer zu Hause oder in den Suppenküchen. Auch das führte zu Spannungen, Auseinandersetzungen, Konflikten, nicht nur mit den Ehemännern oder Freunden, sondern auch mit der NUM, bei der es nicht überall die uneingeschränkte Solidarität mit den Frauen gab.

Das Wissen um ihre Bedeutung und Rolle im Streik hatte die Bergarbeiterfrauen selbstbewußt gemacht und sie stellten ihrerseits Forderungen an die Gewerkschaft:

- Mitspracherecht in den Streikausschüssen und Strukturen der NUM
- Materielle Unterstützung für ihre eigenen Aktivitäten (zum Beispiel Geld und Fahrzeuge, um Frauen die Teilnahme an Demonstrationen zu ermöglichen) u.a.

Der folgende Bericht einer Kollegin schilderte Eindrücke aus St. Helens in Lancashire und ist sicherlich kein Einzelfall: „Bei dem Treffen der Frauenunterstützungsgruppe war die Stimmung sehr angeheizt. Die Frauen gaben lautstark ihrer Wut auf den örtlichen Sekretär Ausdruck: Er will alles unter seiner Aufsicht haben und übergeht die Frauen häufig, etwa bei der Verteilung von Geldern. Schließlich habe er ja die Verantwortung, teilte er arrogant mit. Für Termine mit den Frauen hatte er keine Zeit. Die Frauen wollen, daß er abgewählt wird. Wegen völliger Unfähigkeit, denn er habe bisher kein einziges Mal Streikposten gestanden. Das wurde allgemein bestätigt. Dennoch bezweifeln die Frauen, daß sie für solch eine Initiative die Unterstützung der Männer erhalten werden. Zornig waren die Frauen auch, daß ihnen die Teilnahme am monatlichen Treffen der Bergarbeiter verweigert worden war. Als besonders frauenfeindlich betrachteten sie das faktische Besuchsverbot für die Vorsitzende der Frauengruppe im Bergarbeiter-Club. Gegen sie war vom Miners' Welfare Club ein Trinkverbot, faktisch ein Besuchsverbot ausgesprochen worden, nachdem sie die Frau eines Streikbrechers geohrfeigt hatte. Die NUM hatte die Entscheidung des Clubs bestätigt. Umgekehrt blieb ein Bergarbeiter völlig unbehelligt, obwohl er einen Streikbrecher im Club geschlagen hatte.“



Bergarbeiterfrauen und Frauenbewegung in Britannien

Die Berarbeiterfrauen haben in ihrem Kampf und durch ihre Erfahrungen mit der Polizei, der Medienhetze, der Regierungspolitik sehr schnell die Verbindung zu anderen politischen und sozialen Fragen erkannt und haben umgekehrt von diesen Bewegungen mit die stärkste Unterstützung erfahren. Es waren die sozialen Minderheiten, die Farbigen, die Schwulen und Lesben, die sich aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und Kämpfe mit dem Streik der Bergarbeiter und dem Kampf der Frauen gegen Polizeiterror und Lügenpropaganda und für die Streikforderungen und -ziele solidarisierten und den Kampf aktiv unterstützten.

Kontakte zu anderen aktiven Frauen entwickelten sich, vor allem zu den Frauen der Bewegung um das Friedenslager in Greenham Common und den Labour Party Frauen.

Lesley Boulton, aktiv im Frauenwiderstand von Greenham Common und in der Sheffield Gruppe der „women against pit closures“ „Vor dem Streik glaubten viele Bergarbeiterfrauen das, was die Medien über uns Greenham-Frauen geschrieben hatten. Die Vorurteile und Vorbehalte verschwanden schnell, als sie am eigenen Leib erfuhren, wie die Medien ihren eigenen Kampf und ihre Ziele verzerrten. Die eigenen Erfahrungen führten zur Bereitschaft, Kontakte zu den Greenham-Frauen herzustellen und sich mit uns auseinanderzusetzen. Die **Entfremdung** wurde überwunden durch die Erkenntnis und Erfahrung, daß die Gemeinsamkeiten entscheidend sind, daß Frauen aus unterschiedlichen Bewegungen gemeinsame Aktionen für ihre Interessen und Ziele durchführen können.“

Konferenzen, Demonstrationen, Aktionen sind heute gemeinsame Sache der Bergarbeiter-, Greenham Common- und Labour-Frauen. Die Zukunft wird zeigen, ob die Strukturen, Verbindungen und gemeinsamen Aktionen, die in diesem einjährigen Kampf entwickelt worden waren, aufrechterhalten bleiben können. Die Bergarbeiterfrauen haben mit der Gründung einer nationalen Berarbeiterfrauenorganisation einen wichtigen Schritt gemacht, um zu verhindern, daß ihre Komitees nach dem Streik auseinanderbrechen. Schon jetzt haben sie beschlossen, sich für alle Fragen zu engagieren, die sie selbst und die Bergarbeitergebiete betreffen: Arbeitsplätze, Frieden, Gesundheit und Bildung.

Die Frauen werden sich nach diesem Streik nicht zurück an den Herd schicken lassen. Ihr Engagement wird massive Auswirkungen auch auf ihre Beziehungen zu den Männern und Familien haben. „Wenn die Männer glauben, es würde alles so bleiben wie vorher,“, meinte Katherin aus Dalton, „müssen sie sich auf den Schock ihres Lebens vorbereiten!“

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Einführung in den Marxismus

Wochenseminar vom 23.—29. September 1985
Themen: Einführung in die politische Ökonomie —
Klassen und Klassenkampf —
Staat und Revolution —
Der Imperialismus —
Was bringt uns der Sozialismus —
Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Unkostenbeitrag 70,— DM.
Anmeldungen an:
Detlef Schneider,
Holstenring 5
2000 Hamburg
(Bitte anmelden bis spätetens 10. August, da bei kurzfristiger Absage erhebliche Kosten für die [illegible]tei entstehen)

+ Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + +

Erbitterung

Liebe Genossinnen und Genossen!
Ich verfolge die Beilage und die Leserbriefseite nun mit wachsender Ungeduld und Erbitterung. Nicht, daß ich die Auseinandersetzungen zwischen den Revolutionären nicht für angebracht halten würde. Im Gegenteil. Was mich ärgert ist zweierlei: 1. Daß die KPD den Marxismus über Bord wirft (den Leninismus sowieso). Um dies zu beweisen genügt es, die Kritik der anarchistischen Genossen der FAU-HD(A) an den von Koch verbreiteten Ansichten über die Diktatur des Proletariats zu vergleichen. Sie schreiben: „Andererseits sehen wir die Sache mit der Diktatur des Proletariats etwas enger als die Genossen der KPD. So können wir uns schlecht vorstellen, daß unter der Diktatur des Proletariats anderen Interessen Rechnung getragen wird als denen des Massenproletariats, d.h. seinem Emanzipationsinteresse. Wir gehen auch nicht davon aus, daß außer den Avantgardeorganisationen des Massenproletariats mittel- und langfristig irgendwelche anderen Organisationen — Parteien — die andere Interessen als die des Massenproletariats vertreten, existieren werden.“

Vergleicht man den neuen Programmentwurf (ein Zitat verkneife ich mir, um nicht unter das 300-Zeilen-Verdikt zu fallen) kommt einem die kalte Kotze hoch.

2. Die Auseinandersetzungen, zwischen den verschiedenen marxistisch-leninistischen Organisationen ergeben nur Sinn, wenn sie mit dem Ziel der Einheit in einer (ich meine damit einer einzigen!) Partei geführt werden. Dies kann ich aus der Beilage jedoch nicht ersehen. Keine der Organisationen gibt zu, daß ihr Versuch die Einheit in der jeweils eigenen Organisation herzustellen, gescheitert ist. Meiner Meinung nach ist dies der erste Schritt. Der zweite Schritt wäre zu sagen: Wir haben die Pflicht, uns auf klaren revolutionären Grundlagen zu vereinheitlichen. Diese Grundlagen sind meiner Ansicht nach die folgenden: a) Anerkennung der Marxschen Analyse des Kapitalismus b) Anerkennung des wissenschaftlichen Sozialismus, c) Anerkennung der Imperialismustheorie Lenins, d) Anerkennung der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse, e) Anerkennung der Diktatur des Proletariats, d.h. des Rätesystems, f) Ablehnung und Kampf gegen den Staatskapitalismus in der SU und den mit ihr verbündeten Staaten, g) Der Anforderung, daß jedes Mitglied der Partei auch aktiv an der Arbeit teilnehmen muß. Punktum. Wie die Partei dann heißt, ist scheißegal, genauso scheißegal wie die Haltung der jeweiligen Genossen zu anderen Fragen, ob nun Stalin, Trotzki, Mao, Enver Hoxha, nationale Frage, Verhältnis zu den Grünen oder was auch immer. Alle diese und weiteren Fragen werden geklärt werden, wenn sie mit der Methode des wissenschaftlichen Sozialismus umfassend und solidarisch diskutiert werden.

Bleibt noch die Frage, warum diese Einheit nicht verwirklicht werden kann, obwohl doch alle bestehenden Organisationen den genannten Kriterien ohne zu zögern zustimmen würden?

Die materialistische Antwort kann nur die sein, daß die Führungsspitzen der jeweiligen Organisationen am Erhalt ihres eigenen Fürstentums interessiert sind. D.h. die Apparate ihre Posten behalten wollen. Dies aber steht dem Emanzipationsinteresse der Arbeiterklasse völlig entgegen und ist somit im Kern bereits revisionistisch und konterrevolutionär.
Mit revolutionären Grüßen

Das Reich

Liebe Genossen,
beim Nachdenken über den 17. Juni und darüber, daß für unsere Politiker wie Leber, Bundespräsident Weizsäcker, Kohl und wie sie alle heißen die deutsche Frage nach wie vor offen ist, fiel mir folgende Kleinigkeit ein: Wer sich mit der Einbürgerung von ausländischen Staatsbürgern in die Bundesrepublik beschäftigt, muß sich mit dem „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ (RuStAG) auseinandersetzen. Dort wird zunächst einmal festgelegt, wer Deutscher ist: § 1 „Deutscher ist, wer die ... unmittelbare **Reichs**angehörigkeit ... besitzt.“ (Unterstreichung von mir). Weiter gilt für diejenigen Deutschen, die etwa während der NS-Diktatur ihre deutsche Staatsangehörigkeit vorübergehend verloren haben und sich nun wieder einbürgern lassen wollen, die im § 13 festgelegte Möglichkeit der Wiedereinbürgerung. Jedoch: „Vor der Einbürgerung ist dem **Reichs**kanzler Mitteilung zu machen; die Einbürgerung unterbleibt, wenn der **Reichs**kanzler Bedenken erhebt.“ So festgelegt im RuStAG in der Fassung vom 29.6.1977, verkündet im Bundesgesetzblatt I S. 1101. Wer war doch gleich unser letzter Reichskanzler?? Oder hat Kohl sozusagen im Vorgriff schon eine neue Amtsbezeichnung erhalten? Wir sollten Bedenken erheben!
Viele Grüße
H.

Abbestellt

Ihr glaubt doch wohl selbst nicht, daß ich dieses Blatt noch weiter abonniere. Eine entartete KP bringt auch keine kommunistische Zeitung mehr zuwege. Da die KPD den Marxismus-Leninismus überbordet und einen revisionistischen Weg geht, will ich **diese** Zeitung nicht mehr lesen.
Mit revolutionären Grüßen
L.

So sehen es die anderen:

Karikatur aus der italienischen revolutionären Zeitung „la nostra lotta" in einem Artikel über Reagans Europareise und seinen Besuch bei Kohl



Ein schöner Baumtod!

Im allgemeinen ist ja jeder Baum, der stirbt, ein Anlaß zum Trauern. Nicht so im folgenden Fall. Ein Baum als Symbol des Revanchismus, der gehört abgesägt! Das dachte sich auch geheimes Kommando, das nach seiner Tat folgenden Bekennerbrief der „taz" zuspielte:

„Am 2. Mai 1981 pflanzte der Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Dr. Philipp von Bismarck, direkt gegenüber dem Skandinavienkai in Lübeck-Travemünde eine aus Pommern stammende Eiche.

Am 13. Juni haben wir dieselbe wieder abgesägt.

Zwar war sie noch ziemlich mickrig, aber wir hielten es für sicherer, allen Eventualitäten vorzubeugen und rechtzeitig zu handeln.

Auf eine revanchistische Kultstätte in Travemünde können wir nämlich verzichten.

Um das ökologische Gleichgewicht nicht zu gefährden, haben wir an anderer Stelle stattdessen sechs türkische Olivenbäume gepflanzt.

Mit Sorge beobachten wir, wie revanchistisches Gedankengut mit großen Summen aus Steuergeldern gepäppelt wird (...)

Anerkennung der bestehenden Grenzen!

Friedensvertrag!

Schlesien bleibt polnisch!

AKAW (Arbeitskreis Antiimperialistischer Widerstand)"

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Witz und Wirklichkeit

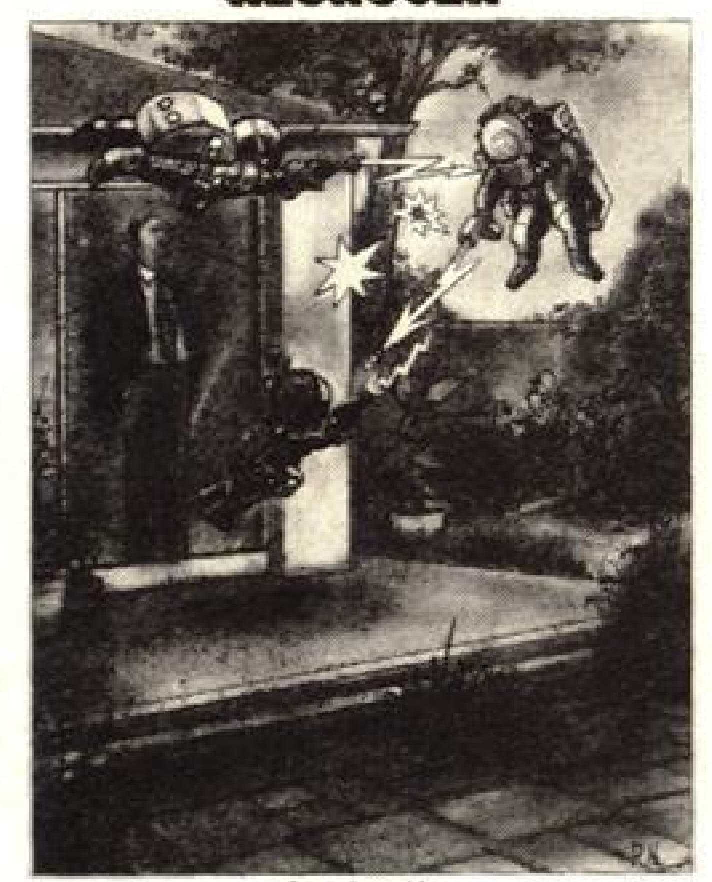
Was der „Stern"-Karikaturist Peter Neugebauer im letzten „*stern*" als eher unheimliche Vision karikierte, nämlich den „Krieg der Sterne" als Kinderspiel, ist in den USA schon Wirklichkeit.

Am Tag nachdem die „*stern*"-Karikatur erschien, meldete die „Frankfurter Rundschau": *„Der Umsatz für Kriegsspielzeug in den USA hat sich nach Angaben der „National Coalition on Television Violence" (Vereinigung gegen Gewalt im Fernsehen) seit 1982 mehr als verdreifacht. Die Amerikaner kaufen jetzt pro Jahr Kriegsspielzeug im Wert von 842 Millionen Dollar, teilte die Organisation in Champaign im US-Bundesstaat Illinois mit. Am beliebtesten seien die „Transformers", eine Serie futuristischer Roboter-Krieger, nach denen auch Zeichentrickfilme im US-Fernsehen benannt sind. In diesen Filmen kämen durchschnittlich 83 Gewalthandlungen pro Stunde vor. Auch die anderen meistgekauften Kriegsspielzeuge seien durch Fernseh-Serien bekannt geworden, berichtet die Vereinigung gegen Gewalt im Fernsehen."*

(FR, Freitag, 21. Juni)

Die Satiriker müssen sich beeilen, die Wirklichkeit holt sie ein.

NEUGEBAUERS NEUROSEN



Beim Indianerspielen in seiner Jugend war es hin und wieder auch laut zugegangen, dachte Herr Kleßmann. Aber dieses verdammte »Krieg der Sterne«-Getöse war reichlich nervtötend

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24. Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, Kontaktmöglichkeit zur KPD: GNN, Rendsburger Landstr. 9, geöffnet: Di u. Fr. 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474